

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46.  
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petuze oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inzertate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, 1 der Expedition abgegeben werden.

Nr. 88.

Donnerstag, den 16. April 1914.

21. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Willkommene Feindseligkeiten.

he. Rußland hat die Feindseligkeiten eröffnet. Keine Sorge, dem deutschen Botschafter in Petersburg sind noch nicht, wie es in der diplomatischen Sprache heißt, die Pässe zugestellt worden; es stehen auch noch keine Kofaken in Ostpreußen. Vorläufig beschränken sich die Maßregeln des Zarenreiches auf das wirtschaftspolitische Gebiet.

Die eine davon kommt plötzlich und unerwartet und schmeckt reichlich nach Barbarenstaat. Das Marineministerium und anscheinend auch noch einige andere Ämter haben Anweisung gegeben, daß staatliche Aufträge nur dann nach Deutschland fallen sollen, wenn die Lieferanten eine Kautionsstellung stellen, die verfällt, sobald russische Beauftragte in Deutschland irgendwie polizeilich belästigt werden. Ist das schon an und für sich eine merkwürdige Methode, die Angehörigen des eigenen Landes zu schaden, so wirkt sie doppelt sonderbar, wenn ein Staat sie anwendet, der es seinerseits an Schikanen gegenüber den Fremden nicht fehlen läßt (man denke nur an den Fall des Luftschiffers Berliner und an die Behandlung ausländischer Juden), und der mit den Rechten seiner Untertanen womöglich noch willkürlicher umspringt als mit denen der Nichtrußen. Kein Mensch glaubt den Petersburger Ministerien, daß es ihnen wirklich darum ginge, Affären wie die bisher noch nicht recht aufgeklärte des Majors Poljakow in Zukunft zu verhindern. Es liegt zu klar auf der Hand, daß diese Aktion diktiert ist von der in gewissen Kreisen gegenwärtig zweifellos sehr starken deutschfeindlichen Stimmung, die von einheimischen Kapitalisten wie von den Vertretern der französischen und englischen Industrie entsprechend ausgenutzt wird.

Weniger überraschend und auch mehr im Einklang stehend mit den Gebräuchen zivilisierter Staaten ist der andere Vorstoß: Die Duma hat, wie schon berichtet, mit großer Majorität dem Entwurf zugestimmt, der die Einführung eines Getreidezolles von 4 Mark pro Doppelzentner vorsieht. Es gibt ja Leute, die auch diesen Beschluß als eine Vertragsverletzung und damit als einen Verstoß wider das Völkerrecht hinstellen wollen. Dazu aber liegt nicht der allergeringste Anlaß vor, denn in dem deutsch-russischen Handelsvertrag sind die russischen Getreidezölle nicht „gebunden“, das heißt sie können im Gegensatz zu den deutschen jederzeit beliebig erhöht werden. Ein wenig anders liegen die Dinge, soweit Finnland in Frage kommt, das bisher zollpolitisch noch nicht zu Rußland gehörte. Aus den vorliegenden Nachrichten geht nicht hervor, ob die Beschlüsse der Duma sich auch auf Finnland erstrecken, und ebensowenig ist bisher gemeldet worden, für welchen Termin das Inkrafttreten des neuen Zolles überhaupt vorgesehen ist. Nach dem Handelsvertrag ist die russische Regierung gehalten, von der Absicht einer Einverleibung des finnischen Zollgebietes Deutschland zwei Jahre vorher zu unterrichten, und wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß die Erhebung eines Getreidezolles schon eine zollpolitische Einverleibung Finnlands bedeutet, so ist allerdings die Einhaltung der vorgesehenen Frist zu fordern.

Aber schließlich spielt die finnische Frage nur eine untergeordnete Rolle gegenüber der Tatsache, daß der deutsche Getreideausfuhr in das eigentliche Rußland jetzt Schranken gesetzt worden sind. Was es mit dieser Ausfuhr auf sich hat, ist allgemein bekannt. Es handelt sich vor allen Dingen um den Export von Roggen, und der wird, wie man weiß, ermöglicht durch die versteckte Ausfuhrprämie, die man mit Hilfe des Einfuhrsystems in unsern ost-europäischen Agrarländern gewährt. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß im Vorjahre, in den Monaten nach der Ernte, das heißt in der Zeit vom 1. August bis 20. Dezember, Deutschland etwa 290 000 Tonnen Roggen mehr ausfuhrte als einführte, und daß davon nur ganz geringe Quantitäten in andere Länder als Rußland gingen, so hat man einen ungefähren Begriff von der volkswirtschaftlichen Wichtigkeit dieses Geschäfts für die beiden beteiligten Staaten.

Ein Land, in dem nach der Zählung von 1907 nur noch 28,6 pZt. der Bevölkerung der Land- und Forstwirtschaft angehören, wirft große Mengen von Brot- und Futtergetreide in ein benachbartes Land, das einen noch so gut wie rein agrarischen Charakter trägt. Daß die Roggenbauer des Agrarstaates an dieser Konkurrenz um so weniger Freude haben, als ihre eigene Ware bei der Einfuhr nach Deutschland einem Zoll von 50 Mark pro Tonne unterliegt, ist selbstverständlich, und sie wären von ihrem Standpunkte aus Narren, wenn sie nicht versuch-

ten, sich das deutsche Getreide nach Möglichkeit vom Halse zu schaffen.

So gehörte denn auch der Einfuhrzoll auf deutsches Getreide, für den Fall, daß Deutschland sein Einfuhrscheinssystem nicht abändere, schon lange zu dem handelspolitischen Programm der russischen Landwirtschaft, auf dem übrigens unter anderem noch die Beseitigung der deutschen Zolldifferenzierung von Braugerste und Futtergerste steht, und das einzige, was man vielleicht nicht von Anfang an vorgesehen hatte, ist, daß mit der Erfüllung dieser Forderung nicht bis zum Ablauf des gegenwärtigen Handelsvertrages gewartet wird. Rußland beschließt den Zoll schon jetzt, um Deutschland zu zeigen, daß es nicht nur droht, sondern daß es ihm wirklich Ernst ist.

Für die preussischen Junker ist das ein harter Schlag, und sie sowohl wie ihre großindustriellen Verbündeten schreien nach Repressalien. Schon als die erste Nachricht von den russischen Plänen einging, verlangten sie nicht mehr und nicht weniger, als daß die Einführung des Getreidezolles einfach mit einem Zollkrieg beantwortet werden müsse, und ihr ganzes Streben war darauf gerichtet, bei den bürgerlichen Parteien hierfür Stimmung zu machen. Hinter all den Sammlungsrufen, hinter der fortgesetzten Propagandierung des Kampfes wider Demokratie und Umsturz steckte letzten Endes der Wunsch nach einer Reichstagsmehrheit, die bereit sei, auf handelspolitischen Gebieten zum äußersten zu greifen. Daher auch die fortgesetzten Zweifel an der Zuverlässigkeit der Nationalliberalen in der Frage des Schutzes der nationalen Arbeit, und daher die Bemühungen, durch die berühmte Solidaritätskomödie im preussischen Abgeordnetenhaus auf die nationalliberale Reichstagsfraktion einzuwirken. Wenn man ihnen den Vorteil nimmt, den sie aus den Einfuhrscheiden ziehen, dann wollen die Großgrundbesitzer eine Wiederkehr der Zustände, wie sie zur Zeit des deutsch-russischen Zollkrieges von 1893 bis 1894 herrschten, jener Zustände, die ihnen so außerordentlich sympathisch waren, daß ein großer Teil von den Edelsten der Nation seine monarchische Gesinnung einer Revision unterzog, als der Zollkrieg durch einen Handelsvertrag abgelöst wurde und als Wilhelm II. bei einem Essen im Palais des Grafen Caprivi die große Bedeutung des Abkommens anerkannte.

Vorläufig allerdings scheint es uns mehr als fraglich, daß diese Junkerhoffnungen sich verwirklichen werden. Zunächst läuft der Vertrag noch bis zum 31. Dezember 1916, und Vergeltungsmaßnahmen könnten von deutscher Seite in dieser Zeit nur bei Positionen ergriffen werden, die vertragsmäßig nicht gebunden sind und demgemäß auch für den russischen Export geringere Bedeutung besitzen. Aber auch nach dem Ablauf des gegenwärtigen Handelsvertrages ist ein Zollkrieg sehr zweifelhaft. Schon 1893 haben Handel und Industrie durch den Kampf sehr gelitten, und heute würden die Schädigungen wohl noch größer sein. Unser Export nach Rußland belief sich in den letzten Jahren auf annähernd 700 Millionen Mark, und solche Werte kann Deutschland um so weniger aufs Spiel setzen, als es sich sagen muß, daß es, wenn die Beziehungen einmal abgebrochen sind, heute viel schwerer wieder ins Geschäft kommt als vor zwanzig Jahren. 1893 steckte die russisch-französische Freundschaft sozusagen noch in den Kinderschuhen. Inzwischen hat sie sich zu einem festen Bündnis entwickelt, an dem noch dazu unser englischer Konkurrent partizipiert, und das im wesentlichen durch finanzielle und ökonomische Bande zusammengehalten wird. Von einem Zollkrieg zwischen Deutschland und Rußland hätten außer den deutschen Agrariern nur England und Frankreich den Profit, und so fest Regierung und bürgerliche Parteien auch auf dem Boden der Schutzzöllneret stehen, so werden sie doch, abgesehen von den agrarischen „Agenten des Auslandes“, die größten Bedenken tragen, leichtfertig die Interessen der Verbündeten Rußlands zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft zu fördern.

So bedeutet der russische Vorstoß für das deutsche Proletariat, daß auf die Beseitigung des Einfuhrschein-systems Hinarbeit, weil dieses erst ermöglicht, daß der Zoll im Getreide- und Brotpreis voll zum Ausdruck gelangt, eine wertvolle Unterstützung. Die Sozialdemokratie führt den Feldzug gegen die Brotwucherer natürlich auch unabhängig von den Schritten, die das Ausland unternimmt, aber da sie im Reichstag keine Mehrheit hat und da die bürgerlichen Parteien als Gegner der Verteuerungspolitik nicht in Betracht kommen, müssen wir es freudig begrüßen, wenn die russischen Grundbesitzer von rechts her die Burg berennen, gegen die wir von links anstürmen. Die Rot bringt uns eben zu sonderbaren Kameraden.  
R. B.

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Die preussische Wahlreform kommt vorläufig nicht.

Authentisch erfährt die „Disezeitung“, daß im preussischen Ministerium des Inneren keine neue Wahlreform in Vorbereitung ist. Die Meldung der „Frankfurter Zeitung“ ist falsch. Seit dem Scheitern der letzten Wahlrechtsreform in Preußen hat sich das zuständige Ministerium des Innern überhaupt mit keinen Vorbereitungen für eine neue Wahlvorlage befaßt. Hierzu bemerkt die Redaktion des Blattes noch, daß die Nachricht mit einer anderen vollkommen übereinstimmt, die ihr bereits vor einigen Tagen von anderer Seite zugegangen sei. — Wenn es sich um Volksrechte handelt, hat man es nicht eilig!

Die neuen Vorschriften über den Waffengebrauch des Militärs.

Die „Kreuzzeitung“ ist in ihrer Ausgabe vom Mittwoch abend in der Lage, einzelne Paragraphen der neuen Vorschriften über den Waffengebrauch des Militärs im Wortlaut wiedergeben zu können. Paragraph 2 bestimmt:

Das Militär ist ferner zum Waffengebrauch befugt und verpflichtet, soweit er erforderlich ist zur Beseitigung einer Störung seiner dienstlichen Tätigkeit oder um einen Angriff auf Militärpersonen oder militärisches Eigentum abzuwehren.

Paragraph 3 sagt:

Ferner steht jeder Militärperson die Ausübung der Notwehr zu. Notwehr ist diejenige Verteidigung, die erforderlich ist, um einen gegenwärtigen rechtswidrigen Angriff von sich oder einem anderen abzuwenden, ohne Unterschied, ob der gegenwärtige rechtswidrige Angriff sich gegen Leib, Leben, Ehre oder Eigentum richtet.

Paragraph 4 lautet:

a) Zur Unterdrückung innerer Unruhen und zur Ausführung der Gesetze ist das Militär auch ohne Anforderung der Zivilbehörde selbständig einzuzusetzen befugt und verpflichtet in Gebieten, die in Kriegs- oder Belagerungszustand erklärt worden sind.

b) Wenn in Fällen dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit die Zivilbehörde infolge äußerer Umstände außerstande ist, die Anforderung zu erlassen.

Die „Kreuzzeitung“ behauptet, daß mit diesen Vorschriften wiederum eine Sicherung im staatlichen Organismus preisgegeben ist!

Die übliche Denunziation

leistet sich die „Post“ wieder gegenüber der geplanten Internationalen Frauenkundgebung. Nachdem das Scharmacherblatt mitgeteilt hat, daß am 21. April in der „Neuen Welt“ in Berlin neben den Genossinnen Zetkin und Zieg die Genossinnen Popp und Bocksch aus Wien und außerdem Genossinnen aus Holland, Rußland, England, Frankreich und der Schweiz reden sollen, sagt das ehrenwerte Organ:

Es dürfte angebracht sein, daß sich die zuständige Behörde etwas näher mit dieser internationalen Kundgebung beschäftigt. Das Auftreten ausländischer Sozialdemokraten in politischen Versammlungen ist in Preußen bekanntlich nicht statthaft, und bisher wurde in solchen Fällen immer mit Ausweisung gegen die lästigen Ausländer vorgegangen.

Es genügt, diese Gemeinheit tiefer zu hängen und es lohnt auch nicht, Blättern wie der „Post“ gegenüber darauf hinzuweisen, daß in Preußen „bekanntlich“ kein Gesetz besteht, daß von vornherein Ausländern die rednerische Teilnahme an Versammlungen verbietet. Wenn die preussische Polizei bisher vielfach den Wünschen der „Post“ entsprach, erlangte dadurch die Polizeipraxis noch lange keine gesetzliche Grundlage.

Reform der Militärintendantur.

Vor etwa vier Jahren hat das Kriegsministerium eine Denkschrift über die Reform der Militärintendantur in Aussicht gestellt. Bis heute ist diese Denkschrift noch nicht erschienen, die Reform ist allmählich aber immer dringender geworden und es verläutet nun, daß den Mitgliedern der Budgetkommission des Reichstags diese Denkschrift zugehen wird, sobald die Beratung des Militäretats beginnt. Aus einem Artikel der „Post“, der angeblich aus Kreisen der Militärintendantur stammt, darf man allerdings schließen, daß die geplante Reform alles andere ist als eine wirklich großzügige Reform. Die ganze sogenannte Reform soll nämlich darin bestehen, daß mehr Juristen eingestellt werden, ferner gedenkt man die Intendanturabteilung einem anderen Departement im Kriegsministerium zu unterstellen und endlich soll die Sel-



Ang eines Armer-Intendanten geschieden werden. Wenn die Reform so aussieht, dann wird sie allerdings im Reichstage mit aller Schärfe bekämpft werden müssen. Die Verpflegung der Waffenhüter ist heute ein Problem, das keineswegs gelöst ist und das wohl am allerwenigsten von juristischen Beamten gelöst werden kann. Wenn die Denkschrift den Mitgliedern der Budgetkommission im letzten Augenblick zugeht, dann besteht allerdings keine Möglichkeit, die in ihr enthaltenen Vorschläge auf ihre ganze Tragweite hin prüfen zu können. Die Militärverwaltung scheint damit eine gewisse Absicht zu verfolgen, wie sie ja auch in der bekannten Grundstücksgegeschichte des Militärkabinetts den Mitgliedern der Budgetkommission den Schiedspruch erst in dem Moment überreichen ließ, als der erste Redner in der Kommission sich anschickte, zu sprechen.

#### Ostpreussisch-konservative Agitation.

Der fortschrittliche Parteisekretär für Ostpreußen entwirft in der „Hartung'schen Zeitung“ folgendes Bild von konservativen Agitationsmethoden: „Von Amtsvorstehern, Gemeindevorstehern und sonstigen konservativen Vertrauensmännern wird der ganze konservative Landsturm auf die Beine gebracht, von den Kunzgeschülern und Hüdenhagenjüngern genau instruiert und in die liberalen Versammlungen geschleift. Der großagrarische Adel stellt für die Sprengkolonnen bereitwilligst Zuhörer zur Verfügung, da sich die Bauern zum konservativen Spandienst bisher allen Einwirkungen zum Trotz nicht pressen ließen. Der Lokalinhaber wird auf das genaueste befragt, ob er dem Versammlungsleiter auch das Hausrecht formell übertragen hat. Für die nötigen Zwischenrufe und Versammlungsstörungen wird „beistens“ Sorge getragen. Die unsinnigsten Neußerungen angekränkelter Leute, die mit der Versammlung und dem Vortrag in gar keinem Zusammenhang stehen, werden als Mittel zum Zweck freudig begrüßt und mit schallendem Lachen, Händeklatschen und lautem Beifall belohnt, daß man glauben könnte, man habe nicht erwachsene Menschen, sondern närrische Kinder vor sich. In der Debatte werden dann von Gemeindevorstehern und Gutsinspektoren — der Adel hält sich hinter der Front — alle Kamellen aufgetischt, die hundertfach widerlegt sind; vor allem wird der elendeste Antisemitengaul geritten. Wo zugräftige Vortragsgründe fehlen, da wendet man sich eben an die dumpfen Instinkte. Sobald der liberale Redner alsdann das Wort zur Erwiderung ergreift, setzt auf ein Zeichen ein Rabau ein, der alles Reden unmöglich macht, der sich in Schönwiese bis zu einem glatten Hausfriedensbruch durch den Gemeindevorsteher steigerte.“ Diese konservative Agitationsmethode findet man nicht nur in Ostpreußen.

#### Die Reichspartei als Sprengpulver.

In dem Bestreben, ihrer Partei so rasch als möglich eine umfassende Organisation zu schaffen, haben einzelne Mitglieder der Reichspartei zu recht bedenklichen Mitteln gegriffen. So hat der Vorsitzende des Reichsverbandes deutscher Städte, Bürgermeister Dr. Saakmann-Bleß, ein Rundschreiben an die Verbandsmitglieder erlassen, in dem er um Unterstützung der freikonservativen Bestrebungen bat. Wegen dieser Verletzung der politischen Neutralität kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, die nun dazu geführt haben, daß die Stadtverordneten verschiedener Städte, so z. B. in Loewenberg in Schlesien, den Jahresbeitrag für den Reichsverband deutscher Städte gestrichen haben. Wenn diese Beispiele weitere Nachahmung finden sollten, dann würde die Reichspartei zunächst einmal als Sprengpulver gewirkt haben.

#### Der Ministerwechsel in Württemberg.

Der württembergische Finanzminister v. Geßler ist in den Ruhestand getreten und der Ministerialdirektor Dr. v. Pittorius zum Finanzminister ernannt worden. Obgleich die Gesundheit des Geßler seit einiger Zeit geschwächt war, kommt sein Rücktritt doch überraschend. Man nimmt an, daß er sich für die Fortsetzung der württembergischen Steuerreform nicht mehr für kräftig genug hielt. Durch die Ablehnung des kleinen Gemeindefiskalgesetzes in der Ersten Kammer ist die Frage der völligen Neuordnung des württembergischen Steuerwesens dringlicher geworden. Mit Rücksicht hierauf scheint man nach einer neuen Kraft gesucht zu haben. Der neue Finanzminister galt seit vielen Jahren als der kommende Mann in der württembergischen Finanzverwaltung.

#### Hagfeldt wird nicht Statthalter von Elsaß-Lothringen.

Gegenüber der Meldung, daß mit dem Fürsten von Hagfeldt wegen Übernahme der Statthalterchaft in den Reichslanden verhandelt werde, erklärt dieser in der „Elsaßischen Volkszeitung“, daß die Nachricht völlig unzutreffend sei.

#### Ein großes Schlaglicht auf das herrschende System in Elsaß-Lothringen

wird eine Beamtenbejämderung, die soeben bekannt geworden ist. Es ist die Verletzung des Regierungsrates Liebermann von der Kreis- und Polizeidirektion in Mülhausen i. E. nach dem Bezirkspräsidium für Elsaß-Lothringen in Reg. Regierungsrat Liebermann in seiner polizeiliche Draufgänger, auf dessen Maßnahmen und Berichte die anstreifenden Polizeiaufgebote und Abperrungen bei dem Bauarbeiterstreik am Nordbahnhof in Mülhausen i. E. im Sommer vorigen Jahres zurückgeführt werden, welche Massenaufläufe zur Folge hatten und dann am 7. Juli 1913 in Vornach zu der Erschießung zweier junger Arbeiter durch Gendarmen führten. Anlässlich der sozialdemokratischen Interpellation über diese Vorgänge charakterisierte der Landtagsabgeordnete von Vornach, Genosse Martin, diesen Regierungsrat durch eine Reihe eigener Ausprüche des Herrn. So hatte er am Tage nach der Erschießung der beiden Arbeiter zu dem Arbeitersekretär Wieg in Mülhausen gesagt: „Im Vertrauen gesagt, wissen Sie, Herr Wieg, ich hätte eher schiessen lassen.“ Und zu einem Journalisten sagte er am gleichen Tage: „Heute Abend geht es da draußen noch ganz anders zu, heute Abend gibt's mindestens 100 Tote!“ Und über die Regierung selbst sagte er im späteren, als die Generaldirektion der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen zur gütlichen

Beilegung des Konfliktes auf Grund der Tariflöschung des deutschen Bauarbeiterverbandes die Hand bot, wörtlich vor Zeugen: „Daß die Bande Bulach und Genossen schlapp macht, war noch zu verstehen, aber daß die Reichsregierung nachgibt, das ist mir unverständlich.“ Die „Bande Bulach und Genossen“, das war die damalige Straßburger Regierung, die aus Anlaß der Zaberaner Vorgänge inzwischen ihren Abschied genommen hat. Auf die vorläufige Anweisung dieser Auslassungen des Herrn Regierungsrats über seine höchsten Vorgesetzten bestätigten in einer Sitzung sofort mehrere andere Abgeordnete dem Unterstaatssekretär Mandel, daß dies in der Tat die Sprache des unternehmenden Herrn sei. Und die neue Regierung beförderte den Mann von der Kreisdirektion zum Bezirkspräsidium. Unter dem neuen Zabernturs kann er es noch weit bringen.

#### Osterreich-Ungarn.

**Verchtolds Serbe.** Eine nette Blamage hat sich jüngst die berühmte Presseabteilung des Ministeriums des Innern geleistet. Sie stellte einen ihr irgendwie empfohlenen Dr. v. Grobiansky, einen Serben, als Informator für serbische Dinge an. Nach einiger Zeit bemerkte man aber, daß der Mann Informator — für Serbien war, jedoch man ihn alsbald entließ. Nun ist er Professor am serbischen Staatsgymnasium in Kragujevac.

Die österreichischen Staatsschulden haben, wie Abg. Genosse Dr. Ellenbogen im „Kampf“ darlegt, eine Höhe von 12½ Milliarden erreicht — 429 Kronen auf den Kopf der Bevölkerung. Die Verzinsung und Tilgung erfordert jährlich 488,5 Millionen Kronen. Das Gesamtergebnis der direkten Steuern beträgt nur 403 Millionen, das der indirekten allerdings 1108 Millionen. Den größten Anteil an den Staatsschulden haben die von den Habsburgern in absolutistischer Zeit aufgetriebenen Kriegsschulden.

#### Schweden.

Weitere sozialdemokratische Wahlerfolge. Gestern hatte die Sozialdemokratie wieder einen glänzenden Erfolg zu verzeichnen. In dem Wahlkreis Gästrikland wurden drei Sozialdemokraten und ein Liberaler gewählt. Früher hatten beide Parteien je zwei Sitze; die Kräftigungsliberale Starbäck ist diesmal von uns verdrängt worden. Bisher sind gewählt worden: 41 Konservative (früher 34), 38 Sozialdemokraten (35) und 24 Liberale (34).

#### Norwegen.

Eine Ministerkrise. Vor einigen Wochen hat die norwegische Regierung dem Storting einen Gesetzentwurf über die Einführung des obligatorischen Schiedsgerichts in Arbeitsstreitigkeiten vorgelegt. Gegen die Vorlage dieses Gesetzentwurfs haben nun die Arbeiter auf das schärfste protestiert und drohen mit dem Generalstreik, falls die Vorlage Gesetz werden sollte. Der Arbeitsminister Castberg, der die entscheidendere Gruppe der Linksrabikalen in der Regierung vertritt, hat sich nun auf den Standpunkt der Arbeiter gestellt und verwirft den Gesetzentwurf der Regierung. In den dem Minister nahestehenden „Dagbladet“ wird der Gesetzentwurf einer scharfen Kritik unterzogen, und man glaubt daher, daß die Demission Castbergs nur eine Frage weniger Tage sein kann. Dann aber wird vielleicht das ganze Ministerium zu Fall kommen, da die Regierungsmajorität sich auflösen dürfte.

#### China.

Unter der Diktatur. Der „Daily Telegraph“ meldet aus Peking vom 13. d. M.: Der Verfassungsbeirat hat das Ergebnis seiner geheimen Verhandlungen veröffentlicht. Der Name der Volksvertretung wird in Gesetzgebende Körperschaft umgewandelt. Das Ministerium wird abgeschafft und ein Staatssekretariat nach amerikanischem Vorbild eingesetzt. Der Präsident wird zum höchsten Herrscher ernannt. Die Minister heißen in Zukunft Abteilungsleiter und verlieren ihren Staatsministerstitel. Die Gesetzgebende Körperschaft verliert jeden Anteil an der Ernennung der höheren Angestellten und an den Verträgen mit fremden Staaten. Ein Verwaltungsbeirat tritt dem Präsidenten für das Finanzwesen, aber nur beratend, zur Seite. Es besteht kein Zweifel, daß diese überraschenden Änderungen einstimmig beschlossen worden sind, da die bedeutendsten Mitglieder des Verfassungsbeirates persönliche Sekretäre des Präsidenten waren. Selbst eine nur oberflächliche Kenntnis von Politik muß jeden überzeugen, daß diese Neuerung selbst für China zu einfach und willkürlich ist. Sie wird die Ansicht bekräftigen, daß der endgültige Zusammenbruch Chinas näher gerückt ist.

In der Tat wird der ganz republikanische Süden sich der Gewaltthätigkeit Juanshikais sicherlich nicht ohne weiteres fügen und voraussichtlich sehen neue schwere Kämpfe bevor, die entweder zum Sturz des Diktators oder zur Lostrennung des Südens führen werden. Berichte aus Kanton und Kanton sprechen bereits von einer großen Beunruhigung in dortigen Regierungskreisen. Der politische Spitzendienst ist zu solcher Blüte erwidelt, daß schon einige unbedachte Worte genügen, um völlig unschuldige Bürger ins Gefängnis zu bringen. Kürzlich wurde ein chinesischer Ingenieur verhaftet und hingerichtet, in dessen Hof man Teile eines Flugzeuges gefunden hatte, die, wie die Geheimpolitisten behaupteten, für revolutionäre Zwecke bestimmt waren.

#### Japan.

Das neue Kabinett. Die Liste des neuen Kabinetts wurde gestern nachmittag dem Kaiser unterbreitet. Sie ist noch nicht amtlich veröffentlicht worden, doch glaubt man, daß das Ministerium sich folgendermaßen zusammenstellen wird: Vorpis und Inneres: Okuma, Neuzeres: Baron Kato, Finanzen: Wafatjuki, Marine: Admiral Yajima, Krieg: General Ota, Justiz: Ozaki, Unterricht: Jajiki, Verkehr: Lafetomi, Handel: Viscount Ota. Die Mitglieder des Kabinetts gehören zu zwei Parteien des Abgeordnetenhanjens, der Doshikai- und der Teheiseikai-

Partei an die zu unterstützen sich die Kokuminto-Partei verpflichtet hat. Aber die Seiyukai-Partei behält die Mehrheit. Man glaubt, daß dies die Auflösung des Parlaments notwendig macht.

#### Amerika.

Der amerikanisch-mexikanische Zwischenfall. Die atlantische Flotte hat Befehl erhalten, sich vor Tampico zu sammeln, um der Forderung des Admirals Mayo auf Salufurung der amerikanischen Fregatte durch die Truppen Huertas Nachdruck zu verleihen.

Präsident Wilson erklärte den Mitgliedern des Kongresses, falls Huerta den amerikanischen Forderungen nicht nachkomme, würde der erste Schritt der amerikanischen Regierung die Befehrgreifung von Tampico und Veracruz sein.

#### Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 16. April.

**Wachtung, Bauarbeiter!** Wegen Differenzen haben alle Maurer auf dem Hochsenwert ihre Arbeit eingestellt. Zugun ist deshalb streng fernzuhalten.

Der Zweigvereinsvorstand des Bauarbeiterverbandes. **Arbeitsruhe am 1. Mai.** In einer stark besuchten Versammlung der Schauerleute, die dem Deutschen Transportarbeiter-Verband angeschlossen, wurde einstimmig beschlossen, den 1. Mai durch völlige Arbeitsruhe zu begehen. — Eine Versammlung der organisierten Töpfer Lübecks beschloß gleichfalls einstimmig, die Maßfeier durch Arbeitsruhe zu begehen.

**Wegen Beschlußunfähigkeit** konnte die für gestern angelegte Sitzung des Bürgerausschusses nicht stattfinden. Sollte man es nicht doch lieber wieder einmal mit Abendstunden versuchen?!

**In Verletzung.** Für die Dauer der Abwesenheit des Senators Dr. Fehling hat Senator Dr. Stoops in der Justizkommission des Senates und Senator Nabe in der Vorsteherschaft des Heiligen-Geist-Hospitals den Vorsitz übernommen.

**Anwandsentschädigungen an die Familien für im Reichsheer, in der Marine oder in den Schutztruppen eingestellte Söhne.** Der Senat hat zur Ausführung der Bekanntmachung, betreffend Aufwandsentschädigungen an Familien für im Reichsheer, in der Marine oder in den Schutztruppen eingestellte Söhne, vom 26. März 1914 die nachstehenden Bestimmungen getroffen: Die Obliegenheiten der Landeszentralbehörde übernimmt der Senat, die der unteren Verwaltungsbehörde und der Gemeindebehörde, auch für das Landgebiet, werden dem Polizeiamt übertragen. Die Entscheidung über den Anspruch (§ 6 der Bekanntmachung) wird vom Polizeiamt getroffen, die Auszahlung der Entschädigung erfolgt durch die Etatkasse.

**Gesperrte Brückendurchfahrt.** Die Brückendurchfahrt der Puppenbrücke ist für den gesamten Schiffsverkehr bis auf weiteres gesperrt.

**Aus der Kiste der Hebammen gestrichen.** Das hiesige Medizinalamt macht bekannt: Die Hebamme Ernestine Karsten geb. Küster ist aus der Zahl der im lübeckischen Staatsgebiete den Hebammenberuf ausübenden Hebammen ausgeschlossen. — Die Karsten wurde bekanntlich dieser Tage vom Schwurgericht wegen Verbrechen gegen das leibende Leben zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurteilt.

**Arbeitsannahmepflicht für Flussschifferarbeiter.** Im Auftrage der Flussschifferarbeiter hatte der Deutsche Transportarbeiter-Verband eine Eingabe an das Polizeiamt gemacht, in welcher darum ersucht wurde, ihnen zwischen der Hofstenbrücke und Dankwartsgrube einen Platz anzuweisen, wo ihre Arbeitsannahme erfolgen kann. Der Wunsch der Leute ging dahin, daß ein Aufenthaltssraum für sie geschaffen würde, um gegen die Unbilden der Witterung geschützt zu sein. Einige Flussschiffer waren nämlich mit Strafmandaten bedacht worden, weil sie sich an der Hofstenbrücke aufgehalten hatten; auf Einspruch hin ist die Strafe aufgehoben worden. Nachdem dann eine Aussprache zwischen Herrn Polizeimajor Grünweller und dem Vorsitzenden des Transportarbeiter-Verbandes stattgefunden hatte, wurde seitens des Polizeiamtes angeordnet, daß den Flussschifferarbeitern zum Ausschauen für Arbeit und zum Aufenthalt der Platz an der Obertrave dem Grundstück Nr. 5 gegenüber einzuräumen sei.

**b. Schwurgericht am 15. April.** Im weiteren Verhandlungsverlauf gegen den Landwirt Jaas gab es einige recht beachtenswerte Momente, die alle diejenigen beherzigen sollten, die glauben, auf glänzende Angebote zweifelhafter Firmen eingehen zu müssen. Wie immer in derartigen Fällen sind die Reizenden unschuldige Leute, die in erster Linie darum bemüht sind, andern Gelegenheit zum Geldverdienen nachzuweisen. Der Zeuge Reizenfeld, ein früherer Apotheker, der gestern auch an Gerichtsstelle einmal aus Versehen das „Doktor“-Prädikat erhielt, war früher Weinreisender. Er verkaufte damals einem gewissen Richter Wein unter der Bedingung, daß nur die verkaufte Ware bezahlt, die unverkauft wieder zurückgenommen werde. Eine Unterschrift wurde damals nur erlangt, damit er seiner Firma nachweisen konnte, sich um Rundschaft bemüht zu haben. Nachher sollte Richter den ganzen Kram als selbstbestellte Ware herappen. In dem zur Anklage stehenden Falle schildert er den Geschäftsablauf auf ganz entgegengekehrte Art. Das Kennzeichen seien Handschuhe gewesen, Vertrag und Wechselakzept vor dem Wirtschaftsbefuch unterzeichnet usw. Wie ahnungsvoll dieser Reizende war, ergab sich aus der bejahenden Antwort auf die Frage des Verteidigers, Rechtsanwalts Bienenert, ob der Zeuge wirklich glaube, daß seine „projektierte Kalkulation“ zutreffend sei. Nach dieser projektierten Kalkulation sollte sich der Geschäftsgang so entwickeln: Einnahme für 20 Felder à 18 Mark gleich 360 Mark, Ausgabe: 1 Spint 40 Mark, 3 Duzend Handtücher 12 Mark, 20 Prozent Provision für die Akquisiteure 72 Mark gleich 124 Mark, Reinverdienst 236 Mark pro Spint. 100 Stück davon im Jahre abgesetzt, macht 23 600 Mark, so daß nach Abzug der Provision der Firma Wolf u. Sohn noch 20 000 Mark Reinverdienst bleiben. Ein halbwegs vernünftiger Mensch wird sich natürlich auf solch einen offenkundigen Schwindel nicht einlassen. Denn nach der Betriebsübernahme sollte der Eingeseifte erst losgehen und Leute suchen, die so dumm sind und für ein Refamefeldchen jährlich 18 Mark bezahlen, das dann in einem verschwiegenen Winkel irgend eines Gasthauses den Nachtwächlern als Wegweiser dient. Das Hauptgeschäft liegt im Verkauf der Handtücher und der Handtücher, vor allem aber in der Lizenzgebühr von 3000 Mark, denn um eine solche handelt es sich in Wirklichkeit und nicht um eine Kautions, wie der Angeklagte glaubte. Die Firma Wolf u. Sohn, G. m. b. H. (lies: Gesellschaft mit bösen Hintergedanken) wurde 1911 in Berlin gegründet. Der alte Wolf legte 5000, der Sohn 500 Mark ein, das Geschäftskapital betrug 20 000 Mark, mit den verbleibenden 14 500 wurden die „Neuheiten“ bewertet. Es handelte sich also nicht um eine Gesellschaft:



mit bösen Hintergedanken, sondern auch um eine solche mit beschrankten Hilfsmitteln (b. S.), denn Anno 1913 ging sie frachen. Der Konkurs wurde aus Mangel an Masse eingeleitet und die Konkursverwalter den Offenerbarungszeit. Wie ein Berliner Kriminalkommissar mitteilte, sind Hunderte von Beschwerden eingegangen, und es war bekannt, daß die Gesellschaft es darauf abgesehen hatte, Lizenzen zu verkaufen, ohne sich um das Los der Käufer später zu bekümmern. Der Schreibschaffverständige und der Chemiker bekunden, daß die Untersuchungen vom Angeklagten herrührten, mit derselben Feder geschrieben seien und eine Fälschung der Unterschrift nicht zu erkennen sei. Der Angeklagte kam nur auf diesen Gedanken, weil er bestimmt wußte, daß ihm kein Wechsel zur Unterschrift vorgelegen habe. Es muß also das fragliche Papier, worauf er zur Probe der „Valentijeder“ seinen Namen malte, ein untergeschobenes Akzept gewesen sein. Diese Art Schiebung ist ja nicht neu, sie möge andern zur Warnung dienen. Während der Angeklagte in Berlin durch seinen Verteidiger erklären ließ, „ich habe das „Akzept“ auf den „Wechsel“ nicht unterschrieben“, beschwor er vor dem hiesigen Amtsgericht, „ich habe auf dem (vorgehaltenen) Wechsel nicht unterschrieben“. Das soll die bewußt falsch beschworene Aussage sein. Tatsächlich hat dem Angeklagten ein vom Reisenden offen vorgehaltener Wechsel nicht vorgelegen. Staatsanwalt Dr. G. Schenck betont selbst, daß das Verhalten der Berliner Firma und des Reisenden nicht einwandfrei sei, glaube aber doch, daß zum mindesten ein fehlerhaft abgegebener Falschheid vorliege. Das Gebaren soll raffiniert vorgehender Firmen und Reisenden kennzeichnende Rechtsanwältin Biener, der betonte, daß hier die Rollen vertauscht seien und statt des Jaacks der Zeuge Kieselstein wegen Meineides auf die Anklagebank gehöre. Wenn er Staatsanwalt wäre, würde er diesen auf der Stelle verhaften. Der Angeklagte sei das Opfer eines ganz gewissenlosen Geschäftsgebarens geworden. Die Geschworenen verneinten die Schuldfragen, der Angeklagte wurde freigesprochen und die Kosten der Staatskasse auferlegt. — Erwähnt sei noch, daß viele der Hereingefallenen pensionierte Beamte, kleine Bürgerleute, gewesene Zahmschneifer und Offiziere a. D. waren.

**Schwurgericht** am 16. April. Nach dem Gutsherrn? Auf dem Hofe des jetzigen Privatmanns Kollmann in Garlau (Fürstentum Lübeck) brannte am Morgen des 7. Januar d. Js. eine Scheune ab, die der Deputat Knecht P. W. Tengel aus Wendisch-Rambow angeleitet haben soll. Der Angeklagte war ursprünglich als Tagelöhner angenommen, ging aber das neue Arbeitsverhältnis ein mit der Bedingung, daß er auch ganz bei den Pferden bleiben dürfe. In dem Brandtage hatte Tengel morgens 12 Uhr seine Tätigkeit begonnen, war mit Sturmlaterne in den Pferde- und den Zohlenstall, der in der Scheune liegt, wiederholt gegangen, und hatte außer dem Knecht bei niemand dort gesehen. Trotzdem schlugen 10 Minuten später die Flammen zum Dach hinaus, als Tengel in seiner Käte beim Kaffeetrinken saß. Der Täter soll Tengel sein, der nicht immer im besten Einvernehmen mit Kollmann geblieben habe, zwar fleißig gewesen sei, aber freisüchtig, aufässig und vor allem unzufrieden gewesen sein soll. Er habe über zu viele Arbeit geklagt und andern gegenüber betont, Kollmann stelle nur Monarchen ein, um billiger wegzukommen, nicht einmal an Weihnachten habe er etwas gegeben und knappe mit dem Geld, wo es nur irgendwie gehe; sein Geiz sei allgemein bekannt. Tengel soll ferner zu der Frau des Deputatknächtes Dittmer, mit dem er dieselbe Käte bewohnte, am Tage vorher geäußert haben: „Passen Sie auf, hier passiert noch etwas, denken Sie an meine Worte.“ Diese Redensart soll sich nach der Aussage des Angeklagten jedoch nicht auf irgend etwas nachsichtiges bezogen haben, sondern auf den nachfolgenden Befehl, da die Hofüberlassung in alternativer Zeit erfolgen sollte. Er habe damit sagen wollen, neue Herren bräuchten neue Sitten. Zwei Tage vor dem Brande hatten die beiden eine Auseinandersetzung, weil Tengel auch noch die Arbeit des entlassenen Arbeiters mitmachen sollte. Dabei soll Kollmann sehr ausfällig gewesen sein und seine Ueberlegenheit mit den Worten kundgetan haben, es würde ihm nicht schwer fallen den Knecht umzu... Die Tären sollen immer aufgestanden haben und deshalb äußerte sich Tengel ein andermal, es sei ein Wunder, daß hier nichts passiere, wo die Monarchen überall Zutritt hätten. Am hellen Tage treffe man sie in der Scheune an. Verdächtig für den Angeklagten sei ferner die Aeußerung bei dem Brande: „Ist den Schutt man brennen, ist bin versichert!“ Und zwar soll Tengel sehr hoch verschämt sein. Diese Worte bestreitet Tengel nicht, betont jedoch, daß er sie verloren habe, als ihn eine unverstärkte Frau um Hilfe gebeten habe. Es sei ja auch von andern Leuten beim Brande darüber geredet worden, daß Kollmann jetzt das schadhafte Dach nicht mehr abzureißen brauche. Der Angeklagte spricht den Verdacht aus, daß Kollmann selbst der Täter sein könne, da die Auslassung in den nächsten Tagen geschehen sollte, das Inventar aber in sehr schlechten Zustand gewesen sei. Zwar soll Tengel nach dem Brande sehr aufgeregert und verstört gewesen sein, doch seien in der Nacht schon verdächtige Gerüchte wahrgenommen worden und der Hund sei unruhig umhergelaufen. — Soweit die Vernehmung des Angeklagten. Zur Verhandlung sind 17 Zeugen geladen. Den Vorsitz führt Landgerichtsrat Dr. Schrader, die Verteidigung Rechtsanwalt Dr. Wittern.

**Schöffengericht** am 16. April. In späte Neue bekundete die Ehefrau M., die ihr abgekochenes Sofa mit gestohlenem Möbelfuß überzog. Da zu dem aufgeführten Sofa die alten Gardinen nicht mehr paßten, ließ die Frau an ihrer Reimachefelle noch ein Paar Gardinen mitgehen. Diese schönbar billige Wohnungsverschönerung wird jetzt mit 10 Tagen Gefängnis wettgemacht. — Ein netter Schwager war dem 18jährigen Arbeiter G. zugeordnet. Raum aus dem Zuchthaus entlassen, bündelte der jetzt Ausgerissene mit der Schwester des jungen Menschen an und forderte diesen selbst auf, mit ihm auf einen nächsten Streifzug zu gehen und Schmiere zu stehen. Im katholischen Gesellenhaus nahen sie ein Handtuch und versuchten nachher einen Automaten seines so süßen wie realen Inhalts zu berauben. Der Angeklagte, der unter dem Zwange seines zukünftigen Schwagers gehandelt haben will, wird zu 9 Tagen Gefängnis verurteilt, die durch die 14tägige Untersuchungsfrist verbüßt sind. — Der liebebedürftige Dieb. Ein Zimmergenosse L. erkaufte sich im „Süden“ die Gunst einer Schönen. Als diese einen Augenblick das Zimmer verließ, benutzte der Mutige die bereitliegenden Kommodenschlüssel und stahl 14 Mark heraus. Dann stürzte er zum zweitenmal die Türe, angeblich um das Geld zurückzubringen. Beim Vorstoß blieb es. Diese verwerfliche Tat wird mit 10 Tagen Gefängnis geahndet.

**Fußball-Wettspiel des Arbeiter-Turnverein Lübeck I gegen Fußballklub „Wader“-Kiel I.** 5-2. Am zweiten Ostertage fanden sich in Kiel die obengenannten Mannschaften auf dem städtischen Sportplatz im Wettspiel gegenüber. Dem Spiel wohnten zahlreiche Zuschauer bei. Die Kieler, welche über eine gute erste Klasse Mannschaft verfügten und in Kiel mit an erster Stelle stehen, hatten hier ihren Rivalen gefunden. Gleich nach Anfang setzte Kiel ein flottes Tempo ein, während sich Lübeck noch nicht recht zusammenfinden konnte; aber alle Angriffe wurden von der gut arbeitenden Verteidigung Lübecks abgewehrt. Ein schöner Durchbruch des rechten Flügelbrachte für Lübeck das erste Tor, dem einige Minuten

später ein zweites folgte. Bis Halbzeit wurde kein Erfolg mehr errungen, mit 2-0 ging es in die Pause. Nach Seitenwechsel kamen die Kieler gut auf, und schon in der vierten Minute sah der Ball im Lübecker Tor. Schuß auf Schuß folgte jetzt auf das Tor der Lübecker, doch der Torwächter Lübecks rettete es mit viel Geschick unter lautem Beifall der Zuschauermenge. Ein famoser Durchbruch der Lübecker Stürmer bringt ihnen ein drittes Tor. Doch gleich darauf hat Kiel durch einen scharfen Schuß den Verlust ausgeglichen. Das Spiel neigte zum Schluß, und Kiel setzt alles daran, den Sieg an sich zu reißen. Der Kampf wogte auf und ab, und kurz vor Schluß stellte der Mittelfürmer Lübecks durch einen trefflichen Schuß von 30 Metern die Torzahl auf vier. Dem Kieler Torwächter schien es noch nicht genug zu sein, denn er machte noch ein Selbsttor hinzu, während die Kieler „Wader“ mit zwei Erfolgen zufrieden sein mußten. Es ist dies ein schöner Erfolg für die Lübecker, wenn man bedenkt, daß der Fußballklub „Wader“ bisher noch keine Niederlage erlitten hat. Die Niederlage der Kieler ist darauf zurückzuführen, daß sie den Gegner unterschätzten und zuviel Einzelstellungen ausführten, während die Mannschaft der Turner Lübecks ein schönes Zusammenwirken vorführten. Gleichzeitig spielten auch die zweiten Mannschaften dieser Vereine, wo jedoch die Kieler mit 3-2 Sieger wurden, da die Lübecker zweite Mannschaft zum erstenmal ein Zusammenwirken lieferte. Ein fröhlicher Kommers mit den Kieler Genossen bildete den Schluß des Tages.

**Handelsregister.** Am 15. April 1914 ist eingetragen 1. bei der Aktiengesellschaft in Firma Borschuck, und Spar-Verein-Bank in Lübeck mit dem Sitz in Lübeck: R. F. C. Möller und G. F. F. Derken sind aus dem Vorstand ausgeschieden. Am 7. März 1914 ist der Obergüterverwalter A. B. F. Hammerich in Lübeck und am 24. März 1914 ist der Hauptkassierer A. D. F. F. Remmert, daselbst, neu auf drei Jahre in den Vorstand gewählt. Am 7. März 1914 sind die Vorstandsmitglieder Dr. jur. G. G. H. Frank, B. F. C. Redekopf, R. A. Mann und G. Tetzschau, sämtlich in Lübeck, auf weitere drei Jahre in den Vorstand gewählt; 2. bei der Firma Majisbau Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Lübeck: Die Vertretungsbeugsnis des Geschäftsführers E. Hagen ist beendet. Der Hausmakler W. Hellmann in Lübeck ist neu zum Geschäftsführer bestellt.

**Spiele im Stadtpark.** Eine erfreuliche Neuerung ist in den Parkanlagen getroffen worden. In der Mitte des Parks und unterhalb des Kaiser-Friedrich-Platzes sind zwei große Rasenflächen für das Spiel der Kinder freigegeben. Fußball, Schlagball und Faustballspiele sind verboten. Das schadet allerdings nichts, die Hauptsache ist, daß der kleinen und kleinsten Generation eine schöne Wiesenfläche geboten wird, worauf sie inmitten des Grünen Parzelbäume schlagen und sich nach Herzenslust tummeln können. Darauf zu achten, daß an den übrigen Anlagen keine Beschädigungen vorkommen, ist Aufgabe der Erwachlenen. Die Plätze sind durch Tafeln kenntlich gemacht.

**pb. Verlorene Damenuhren.** Am 10. d. Ms. ist von einer Frau in der Wäde- oder Waisenhoffstraße eine silberne Damenuhr, sogenannte Schweizeruhr, mit Sprungdeckel und Goldrand verloren worden, an der sich eine schwarze Schnur mit einer Verzierung aus Silber, in Gestalt einer mit klaren Steinen besetzten Fliede befand. Da der Fund derselben weder im Fundbureau des Polizeiamts angezeigt noch sonst in geeigneter Weise bekannt gemacht worden ist, besteht die Vermutung, daß sie einem unehrlichen Finder in die Hände gefallen ist. Personen, die sachdienliche Angaben über den Verbleib der Uhr machen können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei oder bei der nächsten Polizeiwache zu melden. — Am 1. Osterfeiertage hat eine Dame auf der Straße Töpferweg durch die Hansstraße nach dem Bahnhofspforte oder dort in der Straßenbahn nach Schwartau eine sehr wertvolle goldene mit 3 Brillanten besetzte Damenuhr verloren. An der Uhr befand sich eine goldene, mit grünen Steinen besetzte Schleife. Der Finder wird aufgefordert, die Uhr beim Polizeiamt abzugeben.

**pb. Abhanden gekommene Legitimationspapiere.** Am 14. d. Ms. sind aus einer hiesigen Herberge folgende, auf den Namen des Zimmermanns Martin Schulze, geb. am 6. Juni 1897 in Laucha in Sachsen lautende Legitimationspapiere, als 1 Arbeitsbuch, ausgefertigt von der Polizeibehörde in Leipzig, 1 Gesellenbrief, ausgefertigt vom Baumeister Albin Neumann in Leipzig-Gohlis, und 1 Inviditätskarte Nr. 1, ausgefertigt in Leipzig-Gohlis, abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden.

**pb. Wenn gehören die Sachen?** Festgenommen wurde ein auswärtiger Viehwärter, bei dem ein braunes Damenportemonnaie, 1 Kamm in Etau und 1 weißes Damentaschentuch gefunden wurden. Die Gegenstände sollen sich in einer Handtasche befinden haben, die der Festgenommene am 14. d. Ms. nachmittags einer Dame in einem Gehölz vor dem Burgtor entziffen haben will. Die Eigentümerin der Sachen ist bisher nicht bekannt geworden. Sie wird ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

**pb. Entwendet oder verlegt?** Innerhalb der letzten flohenen 4 Wochen ist aus einem Hause der Marienstraße eine aus 3 Fellen gefertigte, mit Köpfen und Schwänzen versehene Muff, im Werte von 180 Mk. abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Die einschlägigen Geschäftsteile, sowie die Tröbler und Fandleiter werden auf diesen Diebstahl aufmerksam gemacht.

**Neues Stadtheater.** Man schreibt uns: Für Eva v. d. Otens Schauspiel am Freitag und kommenden Dienstag macht sich recht lebendiges Interesse bemerkbar. Es wird die „Lannhäuser“-Aufführung am Freitag besonders auch für die nicht unwichtig sein, die vor einiger Zeit die Gelegenheit wahrzunehmen, in der Elisabeth Darstellung eine Malda Salvaum kennen lernen zu können, deren Kunst voll heifer Impulsivität jetzt echte deutsche Sanigleit neben hoher künstlerischer Vollendung gegenübersteht. Heute mußte wegen plötzlicher Störung durch Krankheitsfall eine Repertoire-Änderung vorgenommen werden. An Stelle von „Grigit“ steht nunmehr die Lecocquige Operette „Girofle-Girofla“, deren musikalische Werte das Werk mehr als komische Operette erscheinen lassen, wie ja auch schon viel nennenswerte Musikschritsteller und Musikgeschichten ihre Operettenbezeichnung zugunsten der „komischen Oper“ längst haben verschwinden lassen. Die Vorstellung findet zu Mittelpreisen statt.

**Deffentliche Zintensfürsorgestelle Lübeck, Parade 1 (Schloß Rankau).** Nächste Sprechstunde am Freitag, dem 17. d. Ms., abends 6 bis 7 Uhr.

**Schwartau.** Die Sprechstunde des Arbeitersekretariats findet am Freitag, dem 17. April, von 5-8 Uhr nachmittags im Lokale des Herrn Hüprecht, „Gasthof Transvaal“, statt.

**Schwartau-Neusefeld.** Die Mitgliederversammlung findet besonderer Umstände halber am Mittwoch, dem 22. April, statt. Auf der Tagesordnung steht ein Referat über das Verhältniswahlrecht.

**Möln. Achtung! Kontrollversammlung am Mittwoch, 22. April, nachmittags 1 Uhr im Saal der Harmon-**

nie, Mühlengasse, für die Mannschaften aus der Stadt Möln. Sämtliche Militärpapiere sind mitzubringen.

**Damburg.** Vom Eisenbahnwagen folge auf die Straße wurde am Mittwoch morgen der Bahnhofswärter Schulz, der zwischen einem Eisenbahnwagen und einem Wellblech auf dem Sternschanzbahnhof geriet.

**Schwerin.** Zur mecklenburgischen Verfassungsjage. Die konservative „Mecklenburger Warte“ ist zur Erklärung ermächtigt, daß die Ausführungen des Ministers Dr. Boffart über die Lösung des Verfassungsproblems in Mecklenburg vom „Berliner Tageblatt“ falsch wiedergegeben worden sind. Der Minister soll z. B. dem Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes“ erklärt haben, daß gerade die liberale Presse der Sache am besten dadurch dienen würde, daß sie ihre übertriebenen Forderungen einschränke. Wünsche z. B. wie das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht seien selbstverständlich unerfüllbar und könnten daher nur schaden, da ein Ausbau der Verfassung nur auf den bisherig gewordenen Grundlagen möglich sei. Die „Mecklenburger Warte“ erklärt dann weiter: „Nach dem Berliner Bericht sollte der Minister gesagt haben: ... Wir glauben hier, daß seitens des Reichstages auf den Bundesrat immerhin ein gewisser Druck ausgeübt werden könnte, um ihn zu veranlassen, in die Reichsverfassung einen neuen Paragraphen einzufügen; dazu müßte zunächst einmal der Antrag Dr. Pahnke vom Reichstage angenommen werden ...“ Im Gegenatz zu dieser totalen Entstellung der Aeußerung des Ministers hat er sich vielmehr dahin erklärt, daß er die Weigerung des Bundesrates, sich durch Erweiterung der Reichskompetenz in die einzelstaatlichen Verfassungverhältnisse einzumischen, schon mit Rücksicht auf den Ansturm gegen die preussische Verfassung für durchaus begründet und berechtigt halte. Was die „Mecklenburger Warte“ hier behauptet, authentisch feststellen zu können, ist allerdings so ziemlich das Gegenteil von dem, was das „Berliner Tageblatt“ berichtet hatte. Schließlich wird sich die ganze sensationelle Sache in eine Kette von Mißverständnissen auflösen.

**Ludwigslüt.** Totgefahren. Auf dem hiesigen Bahnhof gingen dem 72 Jahre alten Bahnwärter A. D. Heinrich Fraas aus Techemin die Pferde seines Fuhrwerks durch. Bei dem Versuch, sie wieder in seine Gewalt zu bekommen, kam er unter die Räder des Wagens. Er ist den schweren Verletzungen erlegen.

**Wilhelmshaven.** Zwei Urteile der Militärjustiz. Eine im Verhältnis zu den Vergehen harte Strafe erhielt der Matrose Sommer vom Linienschiff „Oldenburg“ am Sonnabend vom Kriegsgericht des 1. Geschwaders in Wilhelmshaven. Der Angeklagte hat am 11. Februar in der Krankenbaracke einem Posten den Gehorsam verweigert und diesen durch Schimpfworte beleidigt. Am 13. Februar lang der Angeklagte auf dem Tennisplatz trotz des Verbotes durch den Posten. Das Gericht sah in diesem verhältnismäßig geringfügigen Vergehen Ertemengen des Angehorsams durch Worte, Fühlungsverletzung, Beleidigung, Widersehung gegen einen Posten und Beharren im Angehorsam. Die Strafe lautet unter Einrechnung einer früheren Strafe von drei Monaten drei Tagen Gefängnis auf ein Jahr Gefängnis. Nun des Gegenstück: Der Bootsmannmaat Peters vom Linienschiff „Kosin“ hat am 30. März einem Matrosen, der seine Befehle angeblich nachlässig ausgeführt hatte, eine Ohrfeige gegeben. Er entschuldigend sein Verhalten mit Aufregung. Urteil: zehn Tage gefühnen Kerker! — Ein Oberleutnant zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Wegen Mißhandlung unter Verdrehung mit einem Verbrechen wurde am Dienstag der Oberleutnant aus See Hohenbed vom Oberkriegsgericht der Marinestation der Nordsee in Wilhelmshaven zu zwei Monaten Gefängnis bestraft. In erster Instanz war der Angeklagte freigesprochen worden. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Der Angeklagte hatte in der Silberjannacht auf Helgoland einen Zusammenstoß mit dem wachhabenden Offizier gehabt und war außerdem der Annahme einer Befehlsbefugnis und Widersehung angeklagt, von letzteren Delikten aber freigesprochen worden.

**Bremen.** Eine zweite fortschrittliche Fraktion in der bremischen Bürgererschaft. Bürgerliche Fraktionen konnte man in dem auf einen trotz ungerechten Klassenwahlrecht beruhenden bremischen Parlamentarismus bis vor kurzem nicht. Die Vertreter der Bürgerlichen sind in zwei Hauptgruppen geteilt: die privilegierten Klassen, die Juristen, Kaufleute und Agrarier, aber mit Ausnahme des ebenfalls privilegierten Gewerbetreibenden, bildete die eine, die übrigen Vertreter, mit Einschluß der Gewerbetreibenden, die andere Gruppe. Ein ausgesprochen kommunalpolitisches Programm kennt keine von den beiden Gruppen. Einige Vertreter traten unter der Führung des Dr. Böhmert zusammen und bildeten eine fortschrittliche Fraktion mit einem eigenen kommunalpolitischen Programm. Und kürzlich haben noch andere, liberal geant sein wollende Herren in der Bürgererschaft den Entschluß gefaßt, sich auch in einer fortschrittlichen Fraktion, einer zweiten, zusammenzusetzen, die sie von der ersten fortschrittlichen Fraktion dadurch unterscheidet, daß sie im Vertreterkonvent in Verbindung steht mit den übrigen bürgerlichen Gruppen, während die Böhmertische Fraktion auch diese Verbindung löste. — Bankbetrug. Bei einer böhmischen Bank ist für ein hiesiges kaufmännischer Geschäft auf Grund einer gefälschten Quittung ein Betrag von 15000 Mk. abgehoben worden. Der Tat dringend verdächtig ist ein Handlungsgehilfe, der bis vor einem Jahre in dem betreffenden Geschäft in Stellung war und der seit einigen Tagen unter Mitnahme seiner sämtlichen Effekten seine hiesige Wohnung verlassen hat.

**Murich.** Zwei Kinder verbrannt. Im benachbarten Lannenhans verbrannten Dienstag beim Spielen mit Feuer, Angünden eines Osterfeuers, zwei Kinder im Alter von drei und fünf Jahren.

**Handels- und Marktnachrichten.**

**Getreidepreise.** Lübeck, 15. April 1914.

|                                   | gering | mittel      | gut         |
|-----------------------------------|--------|-------------|-------------|
|                                   | Mk.    | Mk.         | Mk.         |
| Weizen . . . . .                  | —      | 17,50—18,20 | 18,30—18,60 |
| Roggen . . . . .                  | —      | 14,30—14,80 | 15,00—15,20 |
| Gerste, nach Qualität . . . . .   | —      | 14,50—15,50 | —           |
| Hafers, nach Qualität 13,00—14,50 | —      | 15,00—15,50 | 15,60—16,00 |

hochsein über Notiz, per 100 kg.

**Butter-Notierungen**  
**d. Landwirtschaftskammer f. d. Provinz Schleswig-Holstein**  
 Butter-Auktion des ostholsteinischen Weiererei-Verbandes.  
 Hamburg, 15. April.  
 1. Klasse 650 Ditteln zu 111,01 Mk. im Durchschnitt.  
 2. „ „ „ 112,00 Mk. „ „

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling, Verleger: F. H. Schwartz, Druck: F. H. Wegert & Co. Sämtlich in Lübeck.



# Eine Annehmlichkeit für Schulkinder

8170

und von nicht zu unterschätzendem gesundheitlichen Werte sind gut passende Schuhe und Stiefel. Die von mir geführten Qualitäten vereinigen bequeme Paßform, tadellosen Sitz, gute Verarbeitung und Dauerhaftigkeit mit außerordentlicher Preiswürdigkeit

## Kinder-Oesen- u. Agraffen-Stiefel

Robleder, genagelte Sohlen  
Größe 25/26 27/30 31/35  
Paar **2.95 3.65 4.25**

## Kinder-Oesen- u. Agraffen-Stiefel

Rindbox, gute, haltbare Lederart  
Größe 22/24 25/26 27/30 31/35  
Paar **2.95 3.25 4.90 5.60**

## Kinder-Oesen- u. Agraffen-Stiefel

Boxcalf, vorzügliche Qualität, mod. Form  
Größe 22/24 25/26 27/30 31/35  
Paar **4.50 5.25 6.50 7.25**

## Burschen-Stiefel Größe 36/40

bequeme Paßformen in Boxcalf, Mastbox, genarbt Rindbox und Robleder:  
**5.25 6.50 6.75 8.75 9.75**

## Schulstiefel Marke „Buffalo Bill“

Kolumbia Kid, garantiert haltbare Lederart, genagelte Sohlen, Staublasche, wasserdichtes Futter, gewalkte Hinter-Kappe:

Größe 27/30 Größe 31/35 Größe 36/40  
**650 725 850**

## Knaben-Agraffen-Stiefel

genarbt Rindleder, genagelte Sohlen  
Größe 27/30 31/35 36/40  
Paar **4.90 5.60 6.50**

## Kinder-Oesen- u. Agraffen-Stiefel

Mastbox, sehr haltbar, breite bequeme Form  
Größe 22/24 25/26 27/30 31/35  
Paar **3.75 4.25 5.75 6.50**

## Mädchen-Oesen-Stiefel

echt Chevreau mit Lackkappe, moderne Form  
Größe 22/24 25/26 27/30 31/35  
Paar **4.50 5.25 6.50 7.25**

# Rudolph Karstadt, Lübeck

## Goethes Werke

3 Bände 4 Mk.

Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,  
Johannisstraße 46.

Polsterarbeiten . . . . . 18 Mk.  
Polsterarbeiten . . . . . 85 Mk.  
Polsterarbeiten . . . . . 95 Mk.  
Polsterarbeiten . . . . . 1.10 Mk.  
Polsterarbeiten . . . . . 1.25 Mk.  
Polsterarbeiten . . . . . 1.65 Mk.  
Polsterarbeiten . . . . . 2.10 Mk.

Tausende von Garnituren schon geliefert. Filiale Wahrenstraße 83.  
Inhaber Nachmann. (3072)

## Schillers Werke

3 Bände 4 Mk.

Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,  
Johannisstr. 46.

Markthallen-Hand 46.  
Freitag und Sonnabend früh eintreffend: See-Isch, Rotzungen, Kabeljau, Schellfische, Fischcarbonade, Schollen (3171)  
Johs. Boy, Markthallenhand 46

## Heines Werke

3 Bände 4 Mk.

Buchhandl. Friedr. Meyer & Co.,  
Johannisstr. 46.

## Flora.

Sonnabend, den 18. April:  
**Tanzkränzchen**  
Anfang 8 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Eintritt frei. (3164)

**Sozialdemokratischer Verein**  
Schwartau-Rensefeld.

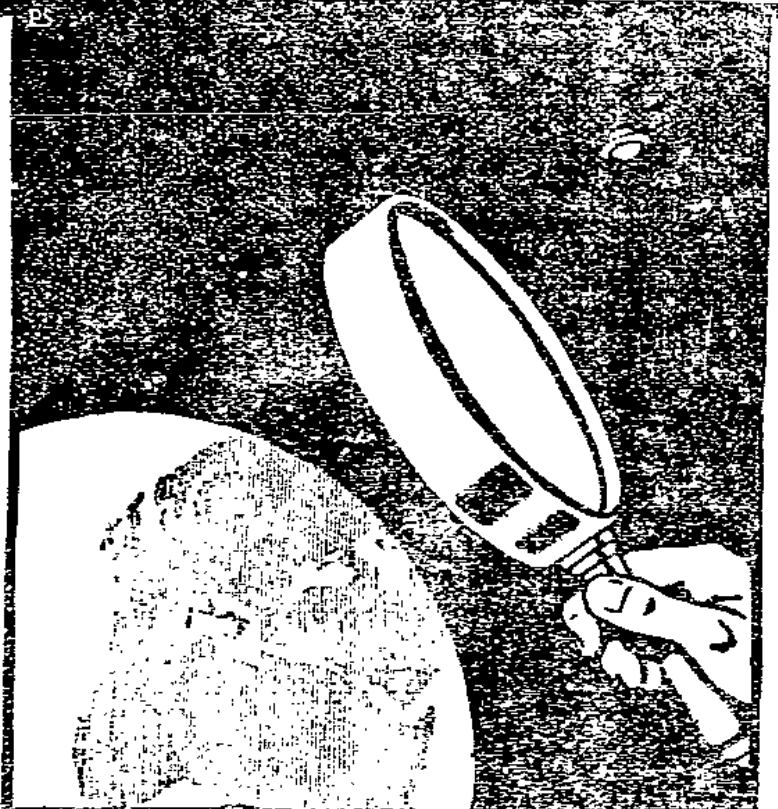
Die **Mitglieder-Versammlung**  
findet umhänbehalter  
am **Mittwoch, dem 22. April**  
abends 8 1/2 Uhr

in Lokale des Herrn W. Hilbrecht,  
Gasthof Transvaal, fiatt.  
Es steht ein Vortrag über „Das  
Verhältnisswahlssystem“ mit auf  
der Tagesordnung.  
Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
(3170) **Der Vorstand.**

## Unterhaltend

Billigen und guten Lesestoff für jede Familie bietet der Kosmos. Für den geringen Jahres-Betrag von **nur M4.80**

werden kostenlos geliefert:  
**12 Monatshefte**  
**5 gute Bücher**  
erster Fachmänner. Im Jahre 1914: Bölsche, Tierwanderungen in d. Urwelt; Floricke, Meeresfische; Lipschütz, Warum wir sterben; Kahn, Die Milchstrasse; Nagel, Die Romantik der Chemie



# KOSMOS

## Belebend

Über 1000 Seiten Text mit viel. Abbildungen. Nur die grosse Zahl der Mitglieder — Ende des Jahres 1913 weil

über **100 000**

ermöglicht diese be-spiellosten Leistungen. Treten Sie sofort bei oder verlangen Sie Prospekt bezw. Probe-heft bei Ihrer Buch-handlung oder der Geschäftsstelle des Kosmos / Stuttgart Pfizerstrasse 5

## Käselager Huxstr. 83-85.

Größtes Spezialgeschäft am Platze.  
Ausnahmetage. Enorme Preisermäßigung.  
Tilsiter . . . . . sonst 70%, jetzt 50%  
Ia. Tilsiter . . . . . sonst 80%, jetzt 65%  
Schweizer, Holländer, Edamer, Limburger  
in großer Auswahl zu billigsten Preisen.  
Keine Partien, sondern nur reelle Waren.  
Auf alle Waren außerdem 5% Rabatt. (3174)

## Ansichts-Karten

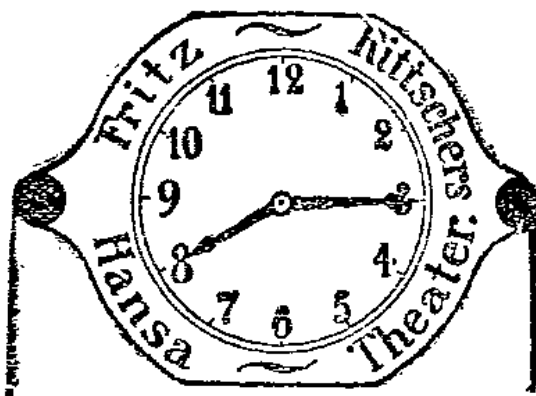
empfehl die Buchdruckerei von Friedr. Meyer & Co.

Tausendfach bewährtes  
**Ragoda** selbstfräiges  
**Schnell-Waschmittel**  
Unübertroffen! 1 Pfund nur 55 Pfg.  
Sehr viele Anerkennungsschreiben. 178

## Käse-Lager

Schlammacherstr. 12, Detail-Verkauf a. d. Diele. (2815)  
Große Posten  
**Rahmkäse und Schweizerkäse** } Pfund **60** Pfg.

**Visitenkarten** H. Ehrenbeinert, 100 Stück von 1.00 Mk. an  
**Fr. Meyer & Co.,** Johannesstraße 46.



Vom 16. bis 30. April 1914:

**Der schwarze Passagier**  
Uraufführung  
des neuesten Flieger-Sketch.

**Adolf Ernest**  
Zauberkünstler.

**The 3 Calbas???**

**Margot et Jenny**  
mit ihren hocheleganten elastischen Darbietungen.

**Hartenstein-Gastspiel**  
Auf allgemeinen Wunsch verlängert mit dem neuesten Schlager

**„Der schöne Wilhelm“**  
Hartenstein in der Titelrolle.

Anfang an Wochentagen 8 1/4 Uhr. (3166) Sonntags 8 Uhr.  
Vorverkauf bei **Fr. Sager, Kohlmarkt,** und **Fr. Nagel, Markt.**



**General-Versammlung**  
am Freitag, dem 17. April  
abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinslokal Hundestraße 41.  
Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet.  
**Der Vorstand.**  
NB. Die nächste Versammlung findet in Stockelsdorf statt.

**Freiwillige Feuerwehr**  
3173) **Seeretz.**

**BALL**  
am Sonntag, d. 19. April  
beim Kameraden E. Wendt  
(Gasthof zur Börse.)  
Anfang 7 Uhr.  
Kassenöffnung 6 1/2 Uhr.  
Hierzu ladet freundlichst ein  
**Die Wehr und E. Wendt.**

**Neues Stadttheater**  
Donnerstag, den 16. April 1914:  
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 10 Uhr.  
**Girofle-Girofla.**  
Operette von Lecocq.  
Mittelpreise. (3155)  
Freitag, den 17. April 1914:  
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende 11 Uhr.  
Gastspiel der K. K. Kammerängerin  
**Eva v. d. Osten:**

## Tannhäuser

von R. Wagner.  
Erhöhte Preise.  
Sonnabend, den 18. April 1914:  
Anfang 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.  
**Die Maienkönigin.**  
Schäferspiel (Oper) in 1 Akt  
von Gluck.  
Hierauf:

**Coppelia.**  
Gr. Ballettpantomime von Delibes.  
Mittelpreise.

**Voranzeige.**  
Sonntag, den 19. April 1914:  
Nachmittags 3 Uhr.

**Jugend.**  
Ein Liebesdrama von Max Halbe.  
Jeder Platz 50 Pfg.  
Verlosung der Plätze am Freitag  
und Sonnabend von 8 1/2-9 1/2 Uhr  
an der Theaterkasse.



## Sind die gelben „Gewerkschaften“ unpolitische Vereine?

(Die öffentliche Anfrage an die Polizeipräsidenten v. Jagow-Berlin und Gerstein-Bochum.)

Da gegenwärtig die Auslegung des Reichsvereinsgesetzes dahin geht, unsere Gewerkschaften unter die politischen Vereine einzureihen, wollen wir einer hohen Behörde ihre Aufgabe etwas erleichtern und ihr einige Tatsachen unterbreiten, die ihrem scharfen Auge bisher entgangen zu sein scheint. Es handelt sich um die gelben Organisationen, die im Westen Deutschlands sich Werkvereine, im Osten reichstreue Vereine nennen. Der Titel „Gewerkschaft“ kommt jenen Vereinen nicht zu. Dagegen werden sie sämtlich zu den politischen Vereinen zu zählen sein, wie sich aus nachstehenden Feststellungen ergeben dürfte.

Zu den ältesten gelben Organisationen in Deutschland gehören die reichstreuen Bergarbeitervereine in Schlesien und im Mansfelder Revier. (Gegründet 1890 und 1891.) Nach außen geben sie sich als Unterstützungs- und Geselligkeitsvereine mit gewerkschaftlichem Einschlag. Die Art ihrer Haupttätigkeit kennzeichnet sie jedoch als politische Wahlvereine im Dienste der Reichspartei. Ihre Vereinsorgane — in Schlesien der „Feierabend des Arbeiters“ und im Mansfelder Revier der „Mansfelder Bergbote“ — sind politische Zeitungen und bei Reichs-, Landtags- und Kommunalwahlen im freikonservativen Sinne tätig. Polizeibehörden, die dem Reichsvereinsgesetz Geltung verschaffen wollen durch den Nachweis der politischen Haltung jener Vereine und ihrer Organe, werden keine Mühe damit haben. Jeder Jahrgang enthält Dutzende Beweise. So ist in einem Bericht des „Feierabend“, in dessen Nummer vom 26. November 1910, über eine Verbandsversammlung der reichstreuen Bergarbeitervereine vom 20. November 1910 zu lesen:

„Ganz besonders interessant gestaltete sich die Besprechung über die Stellungnahme zu den nächsten Reichstagswahlen. Der aus Berlin (als möglicher Kandidat) erschienene, i. d. der nationalen Arbeiterbewegung außerordentlich eifrige und erfahrene Baron von Reibnitz hielt einen längeren Vortrag, in dem er sein Programm entwickelte. . . . Verschiedene andere Redner erwähnten die Kameraden, schon jetzt in den Vereinen auf die kommenden Wahlen hinzuwirken, damit nicht erst im letzten Augenblick, also zu spät, die Wahlarbeit einsetzt.“

Zu bemerken wäre hierbei noch, daß dieser freikonservative Wahlverein Jugendliche von 14 Jahren ab zu seinen Mitgliedern zählt.

Mit gleichem Eifer widmeten sich die reichstreuen Vereine im Mansfelder Revier und der „Bergbote“ den Wahlgeschäften bei der Reichstags- und Landtagswahl. So erschien für die Landtagswahl im Jahre 1911 der Wahlauftrag für den konservativen Kandidaten von Hassell im „Bergboten“ Nr. 29 von 1911, mitunterzeichnet von den Leitern der reichstreuen Vereine.

Genau so arbeiten die gelben Werkvereine im rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Nur der eine Unterschied besteht, daß im Westen die politische Tätigkeit der Werkvereine ausschließlich der nationalliberalen Partei zugute kommt (was übrigens auch im Saargebiet zutrifft). Allerdings ist hier die gelbe Vereinsbewegung noch jung und konnte erst in letzter Zeit — vor allem

bei den Gemeindevahlen — politisch wirken. Aber gerade auf diesem Gebiete haben die Werkvereine als Wahlvereine sich anscheinend gut eingeführt.

Einige Beispiele:

1. Der Werkverein der Zeche Karl Junke beschloß in seiner Versammlung am 16. November 1913 selbständiges Vorgehen bei der bevorstehenden Gemeinderatswahl und stellte die Kandidaten auf.

2. Im Werkverein der Zeche Rosenblumendelle-Humboldt hielt in der Versammlung am 16. November 1913 ein Herr Jost eine Rede zur bevorstehenden Stadtverordnetenwahl und ermahnte zur tatkräftigen Unterstützung des Kandidaten des Werkvereins.

3. Der Werkverein der Zeche „Frei Vogel und Unverhofft“ hatte am 20. Oktober 1913 eine Versammlung, die zur bevorstehenden Gemeinderatswahl Stellung nahm. Am 29. November 1913 konnte die Vereinsleitung folgende Meldung veröffentlichen:

„Bei der Gemeinderatswahl am 17. ds. Mts., an der sich unser Verein zum ersten Male beteiligte, haben wir gezeigt, daß Disziplin in unserem Verein herrscht. Wir haben 119 Stimmen, die Sozialdemokraten dagegen nur 146 aufgebracht. Bravo!“

Die angeführten Tatsachen sind entnommen dem „Werkverein“ in Essen. Dasselbe Blatt bringt gelegentlich auch Berichte über die Erfolge gelber Wahlvereine in anderen Teilen Deutschlands. Zum Beispiel in Nr. 12 1911:

„In Wismar wurde der zweite Vorsitzende des vaterländischen Arbeitervereins mit 779 Stimmen in die Gemeindevertretung gewählt; der Genosse erhielt 431 Stimmen.“

„Auch gute Erfolge hatten die Mitglieder des Werkvereins Thale aufzuweisen. Ihr Kandidat siegte in Reinstedt in der zweiten Abteilung mit 65 gegen fünf rote Stimmen, und in der dritten Abteilung mit 148 gegen 38 sozialdemokratische Stimmen.“

Die Zeitung „Werkverein“ hat übrigens einen vorwiegend politischen Inhalt. Sie wird im ganzen rheinisch-westfälischen Industriegebiet von den Werkvereinen und ihren Mitgliedern als Vereinsorgan benutzt. Aus den Berichten geht hervor, daß die Werkvereine in ihren Versammlungen vorwiegend politische Themen behandeln. In letzter Zeit u. a. auch in folgenden Werkvereinen:

Zeche Langenbrunn: Hier hielt der Vorsitzende Klumpe am 11. Januar 1914 einen Vortrag über die Sozialdemokratie.

Zeche Wolfbank und Neuwessel: Am 7. Februar 1914 hielt der Vorsitzende Cowitz einen Vortrag über die sozialdemokratische Partei.

Bezirksverband Dortmund-Hamm: Hier hielt am 22. Februar 1914 den Beschluß, gegen die „rote Woche“ der Sozialdemokratie Front zu machen.

Zeche De Wendel: Die Versammlung am 1. März 1914 befaßte sich mit der Sozialdemokratie und deren roter Woche.

Zeche Dorstfeld: Hier hielt am 8. März Versammlung. Hier berichtete der erste Vorsitzende Schulte von der roten Woche der sozialdemokratischen Partei und empfahl Gegenmaßnahmen.

Werkverein Phönix, Dortmund befaßte sich in zwei Versammlungen mit der gleichen Sache, am 6. und am 13. März 1914. Das erste Mal referierte der Vorsitzende und ein Herr Werner, das zweite Mal der zweite Vorsitzende.

Werkverein Union-Dortmund ging noch gründlicher zu Werke. Hier sprach in zwei Versammlungen — am 26. Februar und am 28. März 1914 — der erste Vorsitzende Werner über die rote Woche und die Sozialdemokratie. In einer dritten Versammlung des Vereins am 19. März hielt ein Kaufmann Paul Hoffmann einen Vortrag über die rote Woche, sowie über die Lehren von Marx und Engels.

Es wurden weiter politische Reden gehalten in den Versammlungen der Werkvereine:

Gute Hoffnungshütte, wo am 29. März der Leiter des Jugendbundes, Kirchner, sprach, auf Zeche Sälzer Renaud, wo der Sozialsekretär Schulte am 29. März referierte und auf

Zeche Zollverein, wo am 29. März Steiger Lagemann vor jugendlichen Bergarbeitern einen politischen Vortrag hielt.

Die Zeitung der Gelben in Rheinland-Westfalen, der „Werkverein“, dem all diese Feststellungen entnommen sind, ist nach seinem Inhalt ein politisches Organ. Man findet darin Artikel über die Politik im In- und Auslande, über die Gesetzgebung, über Parteiführer, Angriffe auf politische (sozialdemokratische und Zentrums-) Zeitungen u. a. m. Diese politische Zeitung wird von der Leitung der gelben Werkvereine den bei in Militär dienenden Vereinen mitgegeben und unentgeltlich in die Kaserne geschickt. (Die Werkvereine nehmen durchweg Jugendliche von vierzehn Jahren ab als Mitglieder auf.) Die Zeitung ist beschlössen vom „Verlag nationaler Schriften“, an dessen Spitze die gelben Führer Hef, Dr. Arnold und Mandrad stehen. Das wurde mitgeteilt in der Versammlung der Verbandsvertreter für die Werkvereine von Essen und Umgegend am 6. Dezember 1913.

Diese kleine, sehr kleine Blütenlese mag für heute genügen. Die hier angeführten Tatsachen beschränken sich nur auf die gelben Vereine und auch nur auf zwei Industriegebiete und eine Industriebranche. Nicht nur von den gelben Vereinen ist so etwas zu melden, sondern auch von allen gegnerischen Gewerkschaften, nicht zu letzt von den christlichen, die jetzt ihre häßliche Freude darüber äußern, daß die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften für politisch erklärt wurden. Wir warten mit Beispielen später auf.

Da die Polizeibehörden in Preußen ohne Zweifel großes Gewicht auf strengste Einhaltung der reichsvereinsgesetzlichen Vorschriften legen, darf man wohl als sicher annehmen, daß die angeführten Vereine und Verbände zu politischen Vereinen erklärt werden. Wir leben doch in einem Rechtsstaat!

## Die Arbeiterkämpfe in Rußland.

Arbeiterentlassungen in Petersburg. — Aussperrungsbeschluss in Riga.

Im Anschluß an die bereits „liquidierte“ Petersburger Aussperrung finden auf einer Anzahl Fabriken umfangreiche Entlassungen der Arbeiter statt. Einige große Werke, so die Baltische Schiffbauwerft und die Gummiabrik „Tregolnik“, haben den Betrieb vorläufig eingestellt und sämtliche Arbeiter entlassen. Nach anschließender Schätzung belief sich die Zahl der Arbeitslosen zurzeit auf 40 000, die durch das Vorgehen der Unternehmer in die bitterste Not geraten sind. Obwohl das russische Osterfest vor der Tür steht, werden die gemagregelten Arbeiter von den „goitesfürchtigen“ Haus-

## Fürstin Pauline.

Roman aus der Zeit der Leibeigenschaft von Graf E. A. Salias.

Autorisierte Uebersetzung von Dr. Heinrich Ruhe.

(11. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Die Fürstin war durch das ungewöhnliche Benehmen ihrer Zofe so aufgeregt, daß sie ihr bereits zurufen wollte: „Du bist wohl verrückt geworden?“ Doch in diesem Augenblicke bemerkte sie, daß die Blide von Jegor und Eugenie einander begegneten, und blühend lächelte es ihr durch den Sinn: Sie lieben sich. Diese Wahrnehmung nahm so sehr Gestalt in ihr an, daß sie unwillkürlich laut ausrief: „Sie lieben sich.“ Dann fügte sie noch einige Worte hinzu, allein sie wußte selbst nicht, was, aber sie sah, daß Eugenie und nach ihr Jegor schlenkig das Zimmer verließen. Sie hatte beide hinausgejagt, doch sie konnte sich keine Rechenschaft darüber abgeben, wie und weshalb. Ein seltsames Gefühl bemächtigte sich ihrer — die Eifersucht. Allein der Fürst Andrei Iwanowitsch im Weiberraum wußte sich schnell zu fassen und gewann bald seine Selbstherrlichkeit wieder. „Ertämpfe ihn Dir!“ rief sie sich selber zu, und zwar in solch einem Tone, als erteile sie einen Befehl.

Fürst Elias Petrowitsch öffnete gerade die Tür des Vorzimmers, als Jegor und Eugenie dort ein lebhaftes Gespräch führten; das junge Mädchen war erhit und eingeschüchtert, während Jegor aufgeregt und außer sich zu sein schien. Als sie den Fürsten bemerkte, hoben sie erschreckt aneinander, aber Elias Petrowitsch konnte noch die letzten Worte des jungen Mannes vernehmen:

„Du bist ein verrücktes Mädchen, und Du wirst jeden Tag närrischer.“

Jegor ging fort, und der Fürst rief Eugenie zu sich heran. Schon lange hegte er den Wunsch, mit dem schönen Mädchen einige Worte zu sprechen.

„Eugenie . . . warte einmal . . . komm her!“ jagte er.

„Was befehlen Sie, Durchlaucht?“ fragte das Mädchen.

„Ich hatte die Absicht . . . ich wollte . . . mit Dir plaudern.“ Und nachdem er sich auf einen Stuhl niedergelassen hatte, fuhr er freundlich fort: „Sehe Dich!“

Eugenie tat, als verstände sie ihn nicht.

„Sehe Dich zu mir!“ wiederholte der Fürst. „Wir wollen uns ein wenig unterhalten.“

„Ich danke untertänig, aber es kommt mir nicht zu, neben Durchlaucht zu sitzen und mit Ihnen zu plaudern. Zudem habe ich keine Zeit und . . .“

„Keine Lust, nicht wahr?“ rief lachend der Fürst.

„Keine . . . keine . . .“

„Rede doch weiter, Mädchen! Keine . . .“

„Keine Lust. Durchlaucht sagten es ja eben selbst.“

„Du kleiner Bösewicht! Aber bekenne einmal, Mädchen, hast Du schon einen Schatz oder nicht?“

„Das klammert Sie nicht, Durchlaucht.“ antwortete Eugenie in einem frechen, erregten Tone. „Sie sind ja weder mein Herr noch mein Beichtvater. Uebrigens . . . jawohl . . . ich habe einen Schatz . . . Nun . . . und was weiter?“

„Schade, schade . . . und ich . . . ich wollte.“ versetzte Elias Petrowitsch mit gezwungenem Lächeln, indem er verlegen wurde, wie ein Jüngling. „Ich wollte Dich kaufen und frei lassen.“

„Danke, Durchlaucht, bemühen Sie sich nicht!“

Bei diesen Worten lachte das Mädchen so hämisch und unverschämte, daß der Fürst vor Zorn dunkelrot wurde.

„Nun, entschuldige“, knurrte er, „ich habe bloß Spaß gemacht.“

„Das weiß ich. Oho, ich bin nicht so dumm!“ erwiderte Eugenie mit sanfter Stimme und eilte hinaus.

XIII.

Fürstin Pauline befand sich in der nämlichen Lage, wie der alte Fischer in dem Märchen aus dem Orient. Sie hielt die Kette bereits in der Hand und versuchte dieselbe abzustreifen, aber sie vermochte es nicht mehr. Nun brachten ihr die Verhältnisse in Gestalt ihres Veters Hilfe.

Auf dem Gute hat jetzt für alle eine freudenvolle, friedliche und glückliche Zeit an. Elias Petrowitsch, der sich bislang nur im Strahngewühl von Paris und an den Gestaden des Mittelmeers glücklich gefühlt hatte, war jetzt in dem stillen Herrenhaus zu Bersopole überaus zufrieden, und er empfand, daß ihm nur noch wenig fehlte, um ganz glücklich zu sein. Allein er schrieb dieses alles einzig und allein seinem Alter zu.

„Wäre ich vor zehn Jahren hierher gekommen“, jagte er zu sich selber, „so würde ich schon am nächsten Tage zu Fuß wieder fortgerufen sein, und jetzt . . . jetzt genügen mir, der abgetretenen Schuhhohle, die Cousine, der alte Trubistoe, der talentvolle Tischler und das . . . verfluchte Mädchen, welches meiner Ottilie so ähnlich sieht.“

Kaum war der Fürst einige Tage in Bersopole, da jürzte er die ganze Hausordnung um. Hatte die Fürstin beschlössen, alles nach ihres Gastes Wunsch und Willen geben zu lassen, oder traf es sich, daß seine Wünsche den ihrigen entsprachen, kurzum, von allen Glücklichen war sie die Glücklichsste.

Elias Petrowitsch hatte eine komische Manier — jeder-mann wollte er unterrichten; er war naiv genug, um sich in allen Dingen als Meister zu fühlen. Auch in Bersopole konnte er es nicht unterlassen, fortwährend zu homisieren. Auf Schritt und Tritt verfolgte er seine Cousine mit Vorschriften und Anordnungen; er sagte ihr, wie sie zeichnen, wie sie friden, und was sie überhaupt tun sollte. Wollte Pauline manchmal ungeduldig werden, so beruhigte und besänftigte sie doch der Umstand, daß ihr Vetter auch Jegor zu unterrichten anfang. Jegor mußte täglich von zehn Uhr morgens bis drei Uhr nachmittags im Zimmer des Fürsten arbeiten. Elias Petrowitsch verdrab verschiedene Stücke kostbaren Holzes, beschmückte sich ordentlich mit Wachs und Ton, ohne etwas zuwege zu bringen, allein er wußte sich ein Mir zu geben, als verstände er alles meisterhaft. Mit einem solchen Siegesbewußtsein erteilte er mit lauter Stimme seine Befehle und seine Ratschläge. Die meisten derselben waren geradezu lächerlich und völlig wertlos, doch einige waren für Jegor von großer Bedeutung und von außerordentlichem Nutzen. Zimmerhin war der Fürst ein gebildeter Mann und hatte viel Schönes in der Welt gesehen, und das ABC der Kunst hatte für Jegor den Wert einer neuen Offenbarung. Gleich in den ersten Tagen, als Elias Petrowitsch sah, wie geschickt Jegor mit Meißel und Adtel mehrere kleine Figuren anfertigte, meinte er, es lohne sich nicht, mit solchen Kleinigkeiten sich zu befassen, es sei viel ratzamer, große Stücken aus Ton herzustellen. Wer war glücklicher, als Jegor! Natürlich wurde bereits am folgenden Tage in das Zimmer des Fürsten Tonerde geschickt, allein niemand wußte dieselbe zuzubereiten, und die Figur, welche der leibeigene Künstler anfertigte, wurde zu trocken und bröckelte auseinander. Jegor geriet in die heilige Verzweiflung, weil eine geringe Kleinigkeit ihm jede Arbeit verdrab. Doch die Fürstin sah nicht mäßig und mit geschlossenen Augen neben ihrem Lieblich; sie schrieb an einen berühmten Bildhauer in Moskau und er-ludte denselben, ihr entweder ausführliche Ratschläge zu erteilen oder ihr ein Buch über die Präparation des Tonens zu senden.

Kurze Zeit darauf machte der Fürst seiner Cousine den Vorschlag, ihm etwas vorzulesen, während er in Wachs und Ton herumhantierte, und bereits Mittag künnte Pauline zu. Elias Petrowitsch achtete indessen nur wenig auf die Vorlesung, er schaute und schaute ohne Unterlaß laut bei seiner Arbeit, aber dafür entging Jegor nicht ein einziges Wort; was er hier hörte, führte ihn in eine andere Welt.

Nach fünf Tagen hatte Fürstin Pauline eine Uebersetzung aus dem Italienischen beendet, und nun jagte sie den Entschluß, über welchen sie selbst staunte. Am die Mittagsstunde



heißern ohne weiteres auf die Straße gesetzt. Die Händler und Krämer kündigen ihnen den Kredit und gehen mit gerichtlichen Klagen gegen sie vor. Die Arbeiter, die ihre Familien nicht nach dem Dorf schicken können, finden vorläufig Unterkunft bei Arbeitskollegen, wo sie, zu 15 oder 20 Personen in einem Zimmer zusammengedrängt, wenigstens vor den Anblicken der Bitterung geschützt sind. Es sind schon Fälle vorgekommen, wo hundert Arbeitslose Selbstmord begangen haben. Die schlimmste Zeit steht aber den Arbeitslosen noch bevor, denn die Opferwilligkeit der in Arbeit stehenden Kollegen, die überall auf den Fabriken Sammlungen veranstalten, kann doch nicht Hunger und Not von den Arbeitern fernhalten. Die Stadtverwaltung jedoch, die in einer Aufwallung des Protestes gegen die Privilegien der Fabrikanten eine Aussperrung 100 000 Rubel für die notleidenden Arbeiter bewilligte, zögert noch immer, diesen Beschluß in Wirklichkeit umzusetzen.

Am schlimmsten liegen die Verhältnisse bei den Arbeitern der jetzt geschlossenen Fabrik „Tregolnik“, von wo bekanntlich die Massenvergiftungen der Arbeiterinnen ihren Ausgang nahmen. Fast 20 000 Personen sind hier von der Schließung der Fabrik betroffen und dem ärgsten Elend preisgegeben. In welcher Lage sich die Arbeiter jetzt befinden, geht schon daraus hervor, daß der Monatsverdienst sich hier im Durchschnitt auf 12 Rubel (25,9 Mk.) belief und nur selten die Höhe von 18 Rubel erreichte. Den Aktionären der Fabrik bringt die Schließung des Betriebes allerdings keinen Nachteil, denn die ungeheuren Dividenden, die sie jahrein jahraus ausgezahlt erhielten, lassen ihnen den jetzigen Profitausfall kaum fühlbar erscheinen. Wie aus den Geschäftsberichten der Fabrik hervorgeht, erhielten die Aktionäre in den letzten 15 Jahren durchschnittlich eine Dividende von 31 Prozent und sammelten noch außerdem ein Reservekapital von 18 000 000 an, das dem Grundkapital gleichkommt. Noch im Jahre 1912 hatte die Fabrik einen Reinertrag von 9,5 Millionen oder rund 50 Prozent, von dem die Hälfte als Dividende unter die Aktionäre verteilt wurde. Es ist klar, daß unter solchen Verhältnissen die Schließung der Fabrik für die Verwaltung der billige Ausgang war, um der allgemeinen Forderung einer Revision des Betriebes aus dem Wege zu gehen. Nachdem zuerst die Arbeiter und Arbeiterinnen in diesem Dorado der kapitalistischen Ausbeutung gegen elende Entlohnung bis aufs Blut ausgebeutet wurden, werden sie jetzt, nachdem die himmelstreichenden Zustände in der Fabrik endlich an die Öffentlichkeit gekommen sind, von den jatten Kapitalisten kurzerhand auf das Pflaster geworfen.

Das Ungeheuerliche der hier geschilderten Zustände ist so klar, daß selbst bürgerliche Kreise, die sich sonst keineswegs durch Arbeiterfreundlichkeit auszeichnen, gegen die im Anschluß an die Massenvergiftungen zutage getretenen Erscheinungen Stellung genommen haben. Wir erwähnten bereits den Beschluß der Petersburger Stadtverwaltung, den ausgeperrten Arbeitern zu Hilfe zu kommen, ein Beschluß, der für die Stimmung in den Kreisen des Bürgertums recht bezeichnend ist. Weit entschiedener jedoch ist die Stellungnahme der kaiserlich-russischen Technischen Gesellschaft, die auf ihrer Generalversammlung vom 7. April, nach Anhörung der Berichte von Ingenieuren, Ärzten und Fabrikinspektoren, in einer Resolution feststellte, daß die Ursache der Massenvergiftungen auf den Fabriken in den Produktionsbedingungen selbst liegen, und daß die ausgebreiteten Gerüchte über böswillige Vergiftungen durch die Arbeiter selbst wissenschaftlich lächerlich und gewissenlos sind. Die Generalversammlung legte entschieden Protest ein gegen die Schließung des Metallarbeiterverbandes und die vom Fabrikantenverbande ingenierte Aussperrung der Arbeiter und jagte den Beschluß, eine besondere Untersuchungskommission unter Hinzuziehung der Vertreter der sozialistischen Dumafraktion und der Arbeiterorganisationen ins Leben zu rufen.

Sind diese Beschlüsse bürgerlicher Korporationen aber auch bezeichnend für den in Verbindung mit dem

Ausbruch der Arbeiterbewegung eingetretenen Stimmungswandel in den Kreisen des Bürgertums, so geht aus der Haltung der Regierung und der maßgebenden Elemente des Unternehmertums doch hervor, daß sie eine Zuspitzung der Verhältnisse in Petersburg als wünschenswert erachteten, um der Arbeiterbewegung in Petersburg einen mörderischen Schlag zu versetzen. Zudem der scharfmacherische Petersburger Fabrikantenverband als Antwort auf den Proteststreik der Arbeiter vom 1. April eine Aussperrung ankündigte, bezweckte er in Verbindung mit der Regierung, die den Metallarbeiterverband schloß, Hunderte von Arbeitern verhaftete und die Hauptstadt mit Militär und Polizei überschwemmte, einen neuen Proteststreik der Arbeiter zu provozieren, gegen den Regierung und Kapital mit aller Energie vorzugehen beabsichtigten. Die Petersburger Arbeiterschaft fiel jedoch auf diese Provokation nicht herein. Die organisierten Arbeiter traten auf den meisten Fabriken dafür ein, daß die Aussperrung nicht mit einem Proteststreik beantwortet werden sollte, und daß die Arbeiter wegen des Lohnausfalles während der Aussperrung auf gerichtlichem Wege gegen die Unternehmer vorgehen. Zugleich beschloßen die Arbeiter, um künftige Provokationen abzuwehren zu können, mit verdoppelter Energie an den Ausbau ihrer Organisationen zu schreiten.

Während die Aussperrung in Petersburg auf diese Weise ihren vorläufigen Abschluß fand, stehen die Arbeiter in Riga vor der Gefahr einer neuen Aussperrung. Der dortige Fabrikantenverband hat im Anschluß an den Proteststreik vom 6. April, an dem zirka 50 000 Arbeiter teilnahmen, den Beschluß gefaßt, die Arbeiter mit einer dreitägigen Aussperrung zu „bestrafen“. Um hierbei jeder Gefahr eines gerichtlichen Vorgehens seitens der Arbeiter wegen Verletzung des Arbeitsvertrages aus dem Wege zu gehen, haben die Rigaer Unternehmer die Aussperrung nach Ablauf der zweiwöchigen Kündigungsfrist, also für den 22. bis 25. April fest! Die gut organisierten Rigaer Arbeiter werden diesen raffiniert ausgelegten Ausbungerungsversuch der Unternehmer gebührend zu würdigen wissen.

### Aus der Partei.

Kongress der belgischen Arbeiterpartei. Im Festsaal des Volkshauses zu Brüssel wurde am Donnerstag der 29. Kongress der belgischen Arbeiterpartei eröffnet. Bei der Eröffnung füllten den weiten Saal mehr als 1300 Delegierte. Deutschland ist durch den Genossen Braun, Frankreich durch den Genossen Dubreuil vertreten. Genosse Braun, mit großem Beifall begrüßt, übermittelte die Grüße der deutschen Genossen, die begierig gewesen sind durch den Generalkongress vom vorigen Jahre. Der Kampf ist überall derselbe. Die Hoffnungen der Sozialdemokraten sind daher in allen Ländern dieselben. Braun sprach hierauf gegen den Militarismus. Er ist das Hindernis der Entwicklung der Arbeiterpartei. Der Militarismus muß bekämpft werden. Braun schloß seine Ausführungen mit der Mitteilung, daß die rote Woge der Partei 152 000 neue Mitglieder und 82 000 Abonnenten gebracht habe. Genosse Dubreuil schloß seine mit großem Beifall aufgenommene Begrüßungsrede ebenfalls mit einer Verurteilung des Militarismus. Wir stehen in dem Dilemma: Entweder der jährliche Krieg — oder den leidlichen Frieden! Will das französische Volk, daß ein Band der Einigkeit alle Völker umfänge, dann muß es seine brüderliche Hand dem Volke Deutschlands reichen. Der Bericht des Generalkongresses der Partei erstattete Genosse Vandermis. Er teilte mit, daß am 1. Mai ein tägliches Blatt in välmischer Sprache für Brüssel, Antwerpen und Limburg erscheinen werde. Die Zahl der angeschlossenen Gruppen der Partei sei von 1268 im Jahre 1912 auf 1377 im Jahre 1913 gestiegen, die Gesamtzahl der Mitglieder der Partei von 28812 auf 291 030. Verschiedene Delegierte beklagten sich, daß der Bericht nicht früher erschienen ist. Van Rosbroel gab den Redenschäftsbericht, wobei er mitteilte, daß das Generalkongresskomitee die Summe von 4 655 Franken an den Propagandafonds für das allgemeine Wahlrecht abgeführt habe. Ueber die sozialistische Presse berichtete Genosse Warlier. Er wendete sich gegen die Haltung der Buchdrucker während des Generalkongresses. Der Kongress muß es verhindern, daß ähnliches wieder vorkomme. Der Bericht

der Presse, der ein erfreuliches Fortschreiten der sozialistischen Presse Belgiens konstatiert, wurde einstimmig gutgeheißen, ebenso der Bericht der Erziehungszentrale. Im Bericht der Genossenschaften wurde verzeichnet, daß der Umfah der Genossenschaften im Berichtsjahre auf 11 112 094 Fres. gestiegen ist, eine Steigerung von 1 545 738 Fres. gegen das Vorjahr. Die wallonischen und flandrischen Genossenschaftsbürokratien werden demnächst eine Genossenschaftsmühle errichten. Uebhafter gestaltete sich die Diskussion bei dem Bericht der sozialistischen Gemeinderäte. Auch hier ist ein Fortschreiten der Zahl der sozialistischen Gemeinderäte zu verzeichnen. Es wurde jedoch gefastelt, daß viele Gemeinderäte nicht den sozialistischen Forderungen angehören, wodurch sich öfter eine Verletzung der Grundzüge und Tendenzen der Partei ergab. So sei in einigen Gemeinden von den sozialistischen Gemeinderäten für die Vergabung von Gas- und Elektrizitätsanstalten an private Gesellschaften gestimmt worden. Die Debatte entwidete sich zu einer prinzipiellen Auseinandersetzung über die Vorteile der Uebernahme der Gemeindefinanzen in eigene Regie oder deren Vergabung an Privatgesellschaften. Genosse Bind erhielt allgemeinen Beifall, als er anführte, daß es notwendig sei, in den Gemeinden die gewerkschaftlichen Grundzüge und Forderungen durchzusetzen und daß dies bei eigener Regie leichter sei, als bei kapitalistischen Gesellschaften. Auch Genosse Mulsele sprach sich für die Uebernahme aller öffentlichen Anstalten in die Verwaltung der Gemeinden aus. Genosse Wandervelde meinte zwar, daß dies kein sozialistisches Prinzip sei. Die Frage der Regie sei von Fall zu Fall zu beurteilen. Es sei nicht immer erprießlich, öffentliche Anstalten der Regie der Gemeinden oder des Staates zu überlassen. In Rußland und Deutschland würde er gegen jede Regie sein; in der Schweiz, England, Frankreich und Belgien wäre es eine Torheit, sich der Entwicklung von Staats- und Gemeindebetrieben zu widersetzen. Die Entwicklung und Förderung der Gemeindebetriebe in Belgien müsse ein Programm des Kommunalprogramms bleiben. Es wurde beschlossen, die Frage auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses zu setzen.

Holländische Frauenkongress. Am Vorabend des holländischen Parteikongresses fand in Utrecht eine sozialdemokratische Frauenkongress statt, die geleitet war von der Genossin Selene Ankersmit. Es wurde der Beschluß gefaßt, Kinderbibliotheken einzurichten; ferner soll der internationalen Frauenkongress der Vorschlag unterbreitet werden, eine internationale Korrespondenz zu gründen, die in zwei oder drei Sprachen zu erscheinen hätte. Ueber die Frage des Frauenwahlrechts referierte Genossin Tila nus. Sie vertat die Ansicht, daß der Wahlkampf sehr energig geführt werden müsse, um zu verhindern, daß in die Verfassung ein beschränktes Frauenwahlrecht hineinkomme. Eine Resolution fordert die Frauen auf, die Organisation unter der proletarischen Jugend nach Möglichkeit zu fördern. Endlich wurde beschlossen, der Internationalen Frauenkongress in Wien den Vorschlag zu unterbreiten, den Frauentag künftig im Mai statt im März abzuhalten.

Holländischer Parteikongress. Am Sonnabend wurde der holländische Parteikongress in Utrecht eröffnet. Er ist außerordentlich stark besucht, was auf das starke Wachstum der Partei zurückzuführen ist. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte der Kongress die verstorbenen Genossen Bebel, Quaid usw. Den gleichzeitig tagenden Kongressen der belgischen und englischen Sozialdemokratie sowie der Genossin Luxemburg wurden Sympathiegramme geschickt. Der erste Tag wurde ausgefüllt durch die Debatte über den Jahresbericht des Parteivorstandes und der Parlamentsfraktion. Bei der Diskussion über die Tätigkeit der Parlamentsfraktion bedauerten verschiedene Redner, darunter Troelsstra und Mliegen, lebhaft, daß sich Genosse van Kol im Senat dazu hinreißen ließ, die Bewegung der indischen Eingeborenen wegen einiger jugendlicher Unreife entprungener Vorkommnisse halber anzugreifen, statt die indische Regierung wegen der Verweigerung der drei Forderungen zur Rede zu stellen. Van Kol verteidigte sich mit der Bemerkung, er habe nur seiner Ueberzeugung Ausdruck gegeben, fand aber mit dieser Verteidigung keinerlei Anfall auf dem Kongress. Eine weitere kurze Auseinandersetzung fand statt zwischen den Parlamentsmitgliedern Mendels und Troelsstra. Während sich Mendels auf den Standpunkt stellte, daß jeder Kriegszustand, der Ausgabeerhöhung ausweicht, abgelehnt werden müsse, machte Troelsstratistische Bedenken geltend: es sei möglich, daß man sich von den Militaristen in eine Falle locken ließe und daß die Militaristen beabsichtigen, das Wahlrechtskabinett über militärische Forderungen zu Falle zu bringen. Um das zu verhindern, müsse man unter Umständen auch für das Kriegsbudget stimmen.

kam sie in das improvisierte Atelier und brachte ein Buch mit, dessen Titel sie mit großer Verwirrung und Angst vorlas. Der Titel lautete: „Wahnsinnig aus Liebe“. Ihr Herz und ihre Gedanken beschäftigte nur die eine Frage: Wird er das Buch auch verkaufen? Am folgenden Tage hielt Jegor plötzlich mit seiner Arbeit inne und schaute unermüdet nach der Tür hin. Mit jedem Erschrecken bemerkte sie jetzt, daß er anfing sie zu verzeihen. Seine Augen sagten ihr: Ich glaube allein wahnsinnig zu sein und du bist es auch?

Jeden Abend kam Mafar Mafarowitsch mit seiner Glöte ins Schloß; Fürstin Pauline begleitete die Mädchen auf einem alten Hügel, und manchmal machte Jegor dazu sitzen. Selbstverständlich ging dabei jeder seinen Weg, der eine in den Wald, der andere zum König; allein alle waren so zuversichtlich, daß sie in dem Bergengarten auch Eugenie in sein Zimmer und unterrichtete sie im Lesen und Schreiben.

Natürlich konnte es nicht ausbleiben, daß dieses Gebären der päpstlichen Herrschaft sowohl unter den Dienern als auch unter den Bauern großes Erstaunen und allgemeines Bestreben hervorrief. Ein Sturm der Entrüstung aber ging durch die ganze Bevölkerung von Berezopol, als das Stabensmädchen beim Fürsten Elias Stunden zu nehmen anfang. Jegor's mühsel auch der Fürstin, allein sie durfte sich nicht dagegen auflehnen, weil sie, wenn auch die Glöckchen, ebenso wie allen die Schuldige war. Sollte und konnte sie etwa ihren Vater hindern, etwas zu tun, was ihr die Hauptache zu sein schien? Allerdings dachte sie oftmals: Ich fürchte, daß die Schuldigen zwischen Eugenie und Otilie meinen Cousin schicklich dazu bringen, einen dummen Streich zu begehen. Allein ihr Gemüthe antwortete ihr jedoch: Er tut ja genau dasselbe, was Du tust. Es ist nicht das erste Mal, daß Gutsbesitzer und Fürsten sich in eine solche Verbeugung verbeugen, daß Du jedoch, Fürstin Pauline, eine solche Dummheit begeht, ist unerhört, noch nie dagewesen, und ist es wirklich einmal passiert, so bist es wenigstens für die Welt ein Geheimnis.

So verließ sie nach ein Monat. Jegor hatte bereits aus La in eine Kapsel seines Engels angefertigt, kurz, er war zum Hölleker überzogen. Er und Pauline verstanden sich schon, doch sie blieben nach wie vor in dem nämlichen Fühlen, aber in unablässigen Verhältnissen, und der Fürst sah und hörte nichts, weil er selbst in seine Schatzkammer schlüpfte und dort seine Schatzkammer und Kasse. Eugenie litt unagbar, allein sie

\* Ein russisches Sprichwort. Summe des Hebers. überglücklich, daß sie gar nicht wußten, was sie sangen und tanzten.

härte auf, Jegor zu belästigen, und letzterer bemühte sich dem schönen Mädchen so viel als möglich auszuweichen. Allein ganz plötzlich und unerwartet trat ein Ereignis ein, welches dem gemütlichen Stillleben in Berezopol ein jähes Ende bereiten sollte.

### XV.

Eines Tages hielt mitten auf der Landstraße ein mit drei Pferden bespannter Schlitten. Der Herr, welcher in dem Schlitten saß, hatte ein höchst interessantes Gesicht; er glich einem Bewohner Grönlands oder Armeniens, oder sollte er wirklich ein Jude sein? Der Anführer erkundigte sich nach der Wohnung Trubitzkes und befahl sodann seinem Kutscher, dort vorzufahren.

Gleich bei den ersten Worten erkannte Mafar Mafarowitsch, daß der Fremde ein ebenso energischer wie kluger Mann war, und er hatte das Vorgefühl, als sei derselbe eine wichtige Persönlichkeit. Und er sollte sich in dieser Voraussetzung keineswegs täuschen. Kaum hatte der fremde Herr die Wohnung des Schmalkers betreten, als er sich dort so herrlich benahm, daß der alte Edelmann darob nicht wenig erstaunte. Mafar Mafarowitsch bot seinem Gaste ein Glas Tee an und fragte nach dessen Begehrt.

„Bitte, warren Sie ein wenig,“ entgegnete jener. „Ich will mich erst ein bisschen wärmen, und dann erkläre ich Ihnen meine Gegenwart. Die Angelegenheit, welche mich hierher führt, ist zwar sehr wichtig, aber höchst einfach.“

Ohne auf die Ungeduld des alten Edelmannes Rücksicht zu nehmen, trank er gemächlich seinen Tee aus, griff hierauf phlegmatisch nach seiner Brusttasche, entnahm derselben ein Schreiben und überreichte es in höflicher Ruhe dem Verwalter.

Mafar Mafarowitsch las den Brief, seine Augen öffneten sich weit, und seine Hände bebten und fielen kraftlos in seinen Schoß zurück.

„Weshalb denn das?“ murmelte er, indem er einen unheimlichen Blick nach dem Fremden hinüberwarf. „Was ist denn nur geschehen?“

„Das geht mich durchaus nichts an,“ erwiderte der Gast. „Wir sind nur befohlen, alles von Ihnen zu übernehmen, dieses schriftlich beglaubigen zu lassen und dem Fürsten sofort einen Bogen zu übersenden, mit der Nachricht, daß alles nach seinem Willen geschehen sei.“

„Aber erlauben Sie, warum soll ich, ein grundehrlicher Mann, der das Gut fünfzehn Jahre lang treu und redlich verwaltet hat, plötzlich dasselbe binnen drei Tagen verlassen? In solch kurzer Zeit läßt sich die Uebergabe ja gar nicht be-

werkstelligen. Ferner ist es auch eine Schande, eine Schmach für mich, und es sieht ja gerade so aus, als wollte man mich mit Schimpf und Spott fortjagen. Nach drei Tagen soll keine Spur von mir vorhanden sein... das ist ja unmöglich, absolut unmöglich!“

Aus seiner Stimme klang die reinste Verzweiflung. „Von all diesem weiß ich nichts, bester Mafar Mafarowitsch, sondern ich habe nur den Auftrag, binnen drei Tagen das Schloß, den Gutshof und das Dorf von Ihnen zu übernehmen und den Fürsten von der erfolgten Uebernahme zu benachrichtigen.“

Totenstille herrschte jetzt in dem Zimmer. Trubitzke sah mit geknicktem Haupte schweigend da, doch allmählich beruhigte er sich.

„Noch bin ich ja nicht zugrunde gerichtet, noch lebe ich,“ jagte er mit tonloser Stimme. „Zweihundert Werk im Umkreise kennt mich jedes Kind, und jedermann weiß, daß ich nicht wegen Diebstahls oder wegen Pflichtverräumnis entlassen worden bin. Ich habe mir überall nur Achtung und Liebe erworben...“

Mit küßgatter Stimme fiel ihm der Fremde ins Wort und fragte:

„Kann gedanken Sie mit der Uebergabe zu beginnen?“ „Jetzt gleich... sofort!“ rief der alte Edelmann, indem er sich häuptig erhob und seinen Gast mit stolzen Blicken maß. Allein der fremde Herr war hier kein Gast mehr, sondern er stand im Auftrage des Fürsten Andrej Swarowitsch hier, und befehlerte fortan das nämliche Amt, welches Trubitzke durch fünfzehn Jahre innegehabt hatte.

„Sie haben wohl die Güte, eine halbe Stunde zu warten,“ verjette Mafar Mafarowitsch mit kühler Höflichkeit, „ich will nur ein wenig hinausgehen. Unterdessen können Sie jedoch Eintrich in die drei Wirtschaftsbücher nehmen.“

Bei diesen Worten nahm er drei dicke Bücher aus seinem Schreibtische, heidete sich warm an und begab sich eiligen Schrittes in das Schloß. Bereits nach wenigen Minuten wußten Fürstin Pauline und Fürst Elias die große Neuigkeit. Erstere war verlegen und befürt; sie allein erriet sofort den Grund dieser Neuerung, während ihr Vetter und Mafar Mafarowitsch auf diese Idee nicht verfielen. Ich gehe gewiß nicht, ich, dachte sie, wenn ich annehme, daß dieses nur der Anfang ist, und daß noch weitere Maßregeln nachfolgen werden. Mein Vater muß mancherlei, vielleicht auch alles in Erfahrung gebracht haben.

Elias Petrowitsch war der erste, der das Schweigen brach. (Fortsetzung folgt.)



Die Vormittags-Sitzung des zweiten Kongrestages war der Besprechung des Zentralorgans der Partei gewidmet. Die Redaktionsführung wurde allgemein gutgeheißen und die Redaktion einstimmig wiederwählt. Den Vorschlag zur Gründung einer eigenen wissenschaftlichen Monatschrift der Partei akzeptierte der Parteivorstand. Jetzt gibt es nur eine private Monatschrift, in deren Redaktion neben Parteimitgliedern auch Ultra-Radikale sitzen, die aus der Partei ausgeschlossen sind. — Als während der Vormittagsitzung der aus Südafrika verbannte Arbeiterführer Boutsma in den Saal trat, wurde ihm eine lebhaftige Begrüßung zuteil. — In der Nachmittags-Sitzung wurde die Resolution des Parteivorstandes zur Wahlagitacion beraten. Einstimmig gutgeheißen wurde der Aufruf zu einer Tagesdemonstration. In einem Wochentage soll die Arbeit ruhen für den Fall, daß die Erste Kammer einer Verfassungsrevision Widerstand entgegensetzt. Vielfachen Widerspruch fand jedoch der Vorschlag des Zusammenarbeitens mit den Freisinnigen bei den Provinzialwahlen, die über die Zusammensetzung der Ersten Kammer entscheidend sind. Nachdem der Parteivorstand erklärt hatte, er wolle nur ein Zusammengehen mit den Freisinnigen in einigen besonders gefährdeten Wahlkreisen möglich machen, um einen bestimmten Wahltrieb der Liberalen zu durchkreuzen, wurde auch dieser Teil der Resolution vom Parteitag mit übergroßer Mehrheit angenommen. — In der Abend-Sitzung vom Montag wurde nach kurzer Debatte ein Antrag einer Ortssektion zur Wiedereröffnung der Hilfe des Internationalen Bureaus zur Wiederherstellung der Einheit im holländischen Sozialismus fast einstimmig abgelehnt unter der Begründung des Vorschlags, daß vor fünf Jahren unsere Partei den Einigungsantrag des Bureaus akzeptiert, die andere Partei ihn aber abgelehnt hatte und heute das Organ der Ausgeschiedenen schon im voraus die Wiedervereinigung abgelehnt hatte. Der weitere Abend und ein großer Teil des dritten Tages war einer gründlichen Reorganisation der Partei in Übereinstimmung mit ihrem großen Wachstum gewidmet, u. a. wurde die Ernennung des Parteivorstandes durch Abstimmung durch die Ernennung vom Kongreß erlegt und die Referendum-Abstimmung über die Kongreßbeschlüsse eingeschränkt auf diejenigen Beschlüsse, bei denen ein Viertel des Kongresses eine solche Referendum-Abstimmung wünscht. Längere Diskussion brachte nur die Frage, in welcher Weise die in der Partei seit einem Jahre herausgekommene Frauenorganisation in den Parteirahmen einzuschließen sei. Es war die Meinung eines erheblichen Teiles des Kongresses, die auch von Frauen vertreten war, der Frauenorganisation, so wie sie und der Parteivorstand es wünschten, ein gewisses eigenes Beschlußrecht und Agitationsrecht zuzugestehen. — Ohne Debatte akzeptierte die Partei ein neues politisches Programm, das aber nur eine Kodifizierung früherer Kongreßresolutionen ist und nach einigen Jahren von einem ganz neuen, von einer Kommission ausarbeitenden Programm der politischen Forderungen zu ersetzen ist. Der arbeitsreiche und sehr einmütige Kongreß ging dann unter den Klängen der Internationale auseinander.

Mit der polizeilichen Ausschreitungen in Hamburg befaßte sich am zweiten Ostertag auf Veranlassung unserer Partei eine stark besuchte öffentliche Versammlung, in der lebhafter Protest gegen die Polizeiverwaltung die schuldigen Beamten nicht schon längst aus dem Dienst entfernt hat. Auch wird eine schnelle Untersuchung und Erledigung der Angelegenheit sowie die Garantie dafür verlangt, daß solche Dinge nicht wieder vorkommen. In dem Hamburger Stadtteil Marzly waren nämlich nachts bei einer Recherche zwei betrunkenen Schutzleute in mehrere Wohnungen eingedrungen, hatten die schlafenden Bewohner aufgeschreckt, sie mit dem Revolver bedroht und dann ein halbes Hundert Menschen mit dem Säbel traktiert. Blutige Hemden und Füßer zeugten von der Polizeischlacht. Sie wurden ausgehollt aber konfisziert.

## Gewerkschaftsbewegung.

**Streiks im Töpfergewerbe.** In Posen ist am Sonnabend ein Abwehrstreik der Ofenseiler ausgebrochen. — In Graudenz sind die Töpfer ausgesperrt. — Zugzug nach beiden Orten ist streng fernzuhalten.

**Der Streik der gelben Säenarbeiter in Swinemünde** ist beendet. Die Arbeiter haben die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem sich die Unternehmer bereit erklärt hatten, unter den alten Bedingungen die Entlohnung der Kohlendampfer vornehmen zu lassen. Der vom Vorstand der christlich-nationalen Säenarbeiter gewünschte verbleibende Tarif ist damit erledigt.

**Achtung, Fliesenleger!** Von der Sektion der Fliesenleger des Bauarbeiterverbandes in Halle a. S. ist über die Firmen Rich. Wolf und Kurt Ströfer & Co. die Sperre verhängt worden. Die Firmen wollen sich den Forderungen des Verbandes auf Beseitigung des Zwischenmeisterstystems nicht fügen. Da sich der Unternehmerverband für das Baugewerbe in die Differenzen hineingemischt hat, wird er sich auch mit besonderem Nachdruck die Vermittlung von Streikbrechern angelegen sein lassen. Gehe deshalb kein Fliesenleger nach Halle!

**Achtung Automobilarbeiter!** In den Autowerken der Firmen Reuter und Auer in Stuttgart stehen sämtliche Arbeiter im Streik. Ebenso wird in der Fahrzeugfabrik in Heilbronn, in Drazg Karosseriewerken in Heilbronn und in den Karosseriewerken in Weinsberg gestreikt. Eingeleitete Tarifverhandlungen bei den bestreikten Firmen haben sich gescheitert, weil die Unternehmer, unter dem Einfluß des Metallindustriellenverbandes stehend, keine Zugeständnisse machen. Die Unternehmer haben durch den Arbeitsnachweis der Metallindustriellen und auch unter Chiffre durch Ausschreibung von Wisemeisterstellen besonders Sattler als Streikbrecher. Die Arbeiter werden daher gewarnt, auf diese Inserate hineinzufallen. Nach den genannten Orten ist Zugzug streng zu meiden.

**Der Malerverband im Jahre 1913.** Die organisierten Malermeister wollten bekanntlich im vergangenen Jahre durch die große Aussperrung sich nicht nur die allein dominierende Stellung im Arbeitsvertragsverhältnis aneignen, sondern sie hätten auch gern die Gehilfenorganisation finanziell geschädigt und so auf lange Zeit hin kampfunfähig gemacht. Sie holten sich aber bei dieser Aktion eine schwere Blamage. Das wird jetzt noch besonders dokumentiert durch das Ergebnis über den Stand der Organisation der Gehilfen im Jahre 1913.

Gewiß hat der vorjährige große Kampf um die von den bekannten Unparteiischen gefällten, vom Unternehmerverband abgelehnten Schiedssprüche einschließlich einiger kleiner Lohnsätze die Summe von 2.268.976 Mk. erfordert (davon kamen 200.000 Mk. von den übrigen Gewerkschaften und 25.000 Mk. vom Holzarbeiterverband). Groß aber ist gewiß die Enttäuschung der Unternehmer, daß der Verband trotzdem schon wieder ein Vermögen von über 720.000 Mk. hat. Dieses erfreuliche Resultat brachte der Opfermut der Arbeiter zustande. Dieser verhältnismäßig günstige Vermögensstand wurde erreicht, obwohl die Ausgaben für die Unterstützung recht erhebliche waren. So wurden aufgewandt für: Krankenunterstützung 685.863,05 Mk., Sterbeunterstützung 31.602 Mk., Reiseunterstützung 16.131,00 Mk., Gemahrgeldunterstützung

5634,10 Mk., Rechtschutz 12.310,27 Mk., insgesamt für die fünf Unterstützungsarten 751.541 Mk. — Die Gesamtsummen des Verbandes sind gestiegen von 1.562.000 Mk. im Jahre 1912 auf 2.196.000 Mk. (einschließlich der erwähnten 255.000 Mk.) im Jahre 1913.

Die Aufhebung des großen Kampfes Anfang Juni brachte nicht den erwarteten geschäftlichen Aufschwung. Die Konjunktur blieb bis zum Jahresabschluss ungünstig. Dies und die Folgen der Aussperrung, durch die viele bisherige Gehilfen Meister wurden, dann auch die nach Kämpfen oft eintretende Fahrenflucht sind die wesentlichen Ursachen, die ganz naturgemäß einen Mitgliederverlust zur Folge hatten. Trotzdem mußte der Verband im Jahresdurchschnitt 47.511 Mitglieder. Das ist ungefähr der Stand vom Jahre 1911, während 1912 im Ausblick auf die bevorstehende Tarifbewegung 51.620 Mitglieder vorhanden waren.

Im Jahre 1913 wurden 305 Tarife für 52.888 Beschäftigte (davon 37.885 im Malerverband organisiert) abgeschlossen. Davon waren 33 Tarife mit 876 Beschäftigten Neuabschlüsse. Von den bereits bestehenden Tarifen wurden 272 für 50.012 Beschäftigte erneuert. Durch Streik oder Aussperrung wurden 299 Tarifabschlüsse mit 50.211 Beschäftigten erreicht; durch friedliche Bewegungen nur 66 mit 2677 Beschäftigten. Von den Tarifen entfallen 245 mit 49.694 Beschäftigten unter den neuabschließenden Reichstariifvertrag; 21 mit 989 Beschäftigten waren Ortsarife und 137 mit 989 Beschäftigten waren Firmentarife für die in Lederereien beschäftigten Berufskollegen. Insgesamt bestanden am Schluß des Vorjahres im Gewerbe 366 Tarife für 15.854 Betriebe mit 55.121 Beschäftigten. — In Rheinland-Westfalen verharret der Unternehmerverband noch im Tarifstreik, so daß neue Differenzen auszubrechen drohen. Gegenwärtig entfällt der Verband in allen Teilen des Reiches eine lebhaftige Agitation. Die vorjährige Aktion der Scharfmacher im Unternehmerverband hat dafür den Boden gut vorbereitet und mancher Gehilfe, der damals der Organisation den Rücken gewendet hat, bekehrt jetzt, wo er das Wirken seiner Organisation und ihre Standhaftigkeit auch unter den schwierigsten Verhältnissen vor Augen sieht, die Notwendigkeit, ihr anzugehören zu müssen. Dem Verband ist bei seiner jetzigen Verbetätigung der größte Erfolg zu wünschen.

**Internationales England.** Mittwoch findet in Yorkshre unter den 170.000 streikenden Bergarbeitern eine Abstimmung statt darüber, ob die neuen Vorschläge der Unternehmer, die einige Konzessionen gemacht haben, angenommen werden sollen. Die Bergarbeiterführer treten eifrig für die Wiederaufnahme der Arbeit ein.

Die in den letzten Jahren immer stärkeren Verschmelzungsbewegungen unter den englischen Gewerkschaften wurden besonders durch eine Bestimmung im Gewerkschaftsgesetz gehindert, welche vorschreibt, daß der Zusammenschluß mit einer anderen Organisation nur erfolgen kann, wenn eine Abstimmung auf beiden Seiten eine Zweidrittelmajorität aller Mitglieder für den Vorschlag ergibt. Daher hat die Arbeiterpartei jetzt eine Gesetzesvorlage eingebracht, nach der die Gewerkschaft selbst bestimmen kann, welche Mehrheit für einen solchen Beschluß erforderlich sein soll.

## Wieder eine schwere Bluttat eines Streikbrechers!

In Graz (Steiermark) hat am Sonnabend abend der Streikbrecher Anton Mattachich den Landesvertrauensmann der Schneider, Genossen Michael Kojel, durch einen Revolvererschuß in die Brust schwer verletzt. Nur durch einen Zufall, dadurch, daß das tödliche Geschloß durch einen Knopf abgelenkt wurde und im Brustbein stecken blieb, ist es nicht zum vollendeten Mord gekommen. Kojel ging abends 8 Uhr aus der Redaktion des „Arbeiterwillen“ fort, um sich in seine Wohnung in der Auenbruggergasse zu begeben. Am Anfang der Auenbruggergasse stellte sich ihm der Streikbrecher Anton Mattachich entgegen und sagte zu ihm: „Wer hat mich denn als Streikbrecher bezeichnet?“ Kojel antwortete ihm: „Was weißt du denn? Ich nicht!“ Darauf zog Mattachich einen Browning und feuerte aus einer Entfernung von kaum einem Schritt einen Schuß gegen die Brust Kojels ab. Kojel hatte, obwohl er getroffen war, noch die Kraft, einige Meter weit zu laufen. Der Streikbrecher ließ ihm mit erhobener Waffe nach und drückte diese noch ein zweitesmal ab; sie verfaßte aber. In der Nähe der Volksgartenstraße kam ein Wachmann, der den Schuß gehört hatte, entgegen. Unmittelbar vor ihm stürzte Kojel zusammen. Der Wachmann trug ihn dann in das nahe Spital der Barmherzigen, wo er mit Röntgenstrahlen durchleuchtet wurde. Es wurde festgestellt, daß die Kugel das Brustbein durchdrungen hatte und in der Brusthöhle stecken geblieben war. Die Verletzung ist sehr schwer, aber nicht lebensgefährlich. Es wird eine schwierige Operation zur Entfernung der Kugel notwendig sein.

Der Mordbube hat sich eine Viertelstunde nach der Tat selbst der Polizei gestellt. Auf der Wachtube gab er an, daß er keine Streikunterstützung bekommen habe; er habe daher arbeiten müssen und sei deshalb als Streikbrecher beschimpft worden. Nachmittags habe er den Browning zu sich gesteckt und habe abends den Kojel getroffen. Er sei mit ihm in Streit geraten, in dessen Verlauf er zweimal auf ihn geschossen habe. Ein Schuß habe verfehlt. Der Streikbrecher wurde noch abends dem Landesgericht eingeliefert.

Mattachich war früher in der Organisation, trat aber vor etwa einem Jahre wegen einer Geldgeschichte aus. Jetzt, während des Streiks, ersuchte er um Wiederaufnahme in den Verband, die ihm auch gewährt wurde. Er bekam auch Streikunterstützung. In der letzten Woche erfuhren aber die Streikposten, daß er Streikarbeit mache. Es wurde ihm deshalb mitgeteilt, daß er keine Streikunterstützung mehr bekomme.

Kojel hatte aber mit der Gewährung oder Entziehung der Streikunterstützung überhaupt nichts zu tun. Genosse Werscheh, der Vorsitzende des Landeskomitees der Schneider, hat an den „Arbeiterwillen“ einen Brief gerichtet, in dem er schreibt: „Der Mordanschlag gegen den Genossen Kojel wäre verhindert worden, wenn die Polizei einer Anzeige der streikenden Gehörgehörig hätte. Es ist durch mehrere Personen erwiesen, daß der Mordbube die Drohung gegen Kojel ausgesprochen hat: „Wenn ich keine Unterstützung bekomme, so wird noch einer kaltgemacht werden! Obwohl der Attentäter keinen Anspruch auf eine Unterstützung hatte, wurde für ihn trotzdem eine Quittung ausgefertigt, die Auszahlung unterblieb aber, da ihm der Streikbruch nachgewiesen wurde. Das Lohnkomitee mußte sich mit

seiner Drohung beschäftigen und Genosse Sabatin wurde beauftragt, bei der Polizei die Anzeige zu erstatten. Er ging am Sonnabend um 5 Uhr abends in die Wachtube in die Hans-Sachs-Gasse und brachte den Fall zur Anzeige. Der diensthabende Polizist erklärte jedoch, daß diese unbestimmte Androhung nicht genüge, um eine Verhaftung vorzunehmen, da es sich im vorliegenden Falle nur um Streikende handelt.“

Knapp darauf, gegen 8 Uhr, geschah die Bluttat! Der Attentäter ist als ein wüster, verwegener Bursche bekannt. Trotzdem schritt die Polizei nicht ein! Der Arbeiterchef von Graz und Steiermark hat sich begreiflicherweise eine große Aufregung bemächtigt.

## Kapitalistenunverschämtheit.

Wie sich die Unternehmer einen idealen Arbeiter vorstellen, ist aus dem Inhalt von Fragebogen zu entnehmen, die jetzt von einer Anzahl größerer Firmen in Thüringen an Stellenjuchende Hausdiener gesandt werden. So ein armer Teufel, dem die Not die Feder in die Hand drückt, um den Fragebogen auszufüllen, muß bei Beantwortung der vierzig Fragen eine wahre Gewissensfolter über sich ergehen lassen. Doch Hunger tut weh, und wenn einem Proletarier der Jammer von Weib und Kind unerträglich geworden ist, dann ist er nicht mehr in der Lage, dem menschenwürdigen Belangen der Kapitalistenproben zu widerstehen.

An den Arbeitslosen werden unter anderem folgende Fragen gerichtet:

- Wie alt sind Sie?
- Größe nach Zentimetern?
- Was ist Ihr Vater?
- Konfession?
- Sind Sie gesund?
- Sind Sie oder waren Sie früher krank?
- Sind Sie mit Krämpfen behaftet?
- Sind Sie verheiratet?
- Wieviele Kinder vorhanden?
- Sind Sie Soldat gewesen?
- Sind Sie als Invalid oder Halbinvalide entlassen?

Dann folgen eine ganze Anzahl Fragen, durch deren Beantwortung der Arbeiter Auskunft über seine Fähigkeiten geben soll. Und was da nicht alles verlangt wird! Der Stellenjuchende soll Postpatete und Bahndienungen packen können. Er soll Schaufeln putzen, Schreibarbeiten verrichten, den Jahrestuhl, die Bogenlampen und die Zentralheizung bedienen, Pferde pflegen und Automobile bedienen, ferner Gartenarbeit verrichten und Radfahren können!

Dann kommt die für die Unternehmer wichtigste Frage in Fettdruck:

Wie lauten Ihre Ansprüche? (Der Betrag soll bestimmt angegeben werden.)

Er wird dann weiter gefragt:

- Suchen Sie Dauerstellung?
- Suchen Sie vorübergehende Stellung?
- Sind Sie außer Stellung?
- Wie lange?
- Warum?

Ist Ihr Chef von Ihrem Abgange unterrichtet?

Sollten Sie zeitweise außer Stellung gewesen sein, dann bitten wir dies auf der Rückseite unter Angabe des Grundes hierfür, der Zeit und des Ortes Ihres damaligen Aufenthalts anzugeben.

Schließlich wird der Arbeitslose dann noch gefragt, ob er sich politisch und wendisch verdingen könne! Wie man sieht, ist Verschämtheit bei den Unternehmern nicht zu finden, wenn es gilt, Anforderungen an den Arbeiter zu stellen. Dagegen wird diesem kein Sterbenswörtchen von den Bedingungen mitgeteilt, unter denen er seine Tätigkeit beginnen soll. Die Art der Fragestellung läßt aber den Schluß zu, daß es den „Chefs“ vor allem auf die Erlangung billiger Arbeitskräfte ankommt. Die Fragen, die vom Arbeiter Ausschluß über sein Vor- und Familienleben verlangen, kennzeichnen ihre Urheber am besten und beweisen, daß der moderne Kapitalist sich in der Rolle des mittelalterlichen Großinquisitors recht wohl fühlt, wenn es sein Interesse erhöht.

## Soziales.

**Konflikt zwischen Ärzten und preußische Eisenbahnverwaltung.** Zwischen den Ärzten des Schweidnitzer Bezirkes und der Eisenbahndirektion Breslau ist ein Konflikt ausgebrochen, weil im genannten Eisenbahndirektionsbezirk zwei eigene Bahnärzte angestellt wurden, wodurch das Prinzip der freien Arztwahl durchbrochen wird. Die Ärzte von Schweidnitz, Zobten, Königszell, Saarau und Leutmannsdorf beschloßen daraufhin, den Eisenbahnbeamten sowie deren Angehörigen von jetzt ab ärztliche Hilfe nur noch in dringenden Fällen angedeihen zu lassen. Es ist durchaus nichts Neues, daß die preußische Eisenbahnverwaltung den ärztlichen Forderungen, die mit Desbrüds Hilfe eine besondere Rückenstärkung durch die Berliner Abmachungen erhielten, schon ablehnend gegenübersteht. Wahrscheinlich wird die Eisenbahnverwaltung auch den Kampf durchzuführen, den die Ortskrankenkassen, eben weil die Regierung hinter den Ärzten steht, zumeist als aussichtslos aufgeben mußten.

**Einigung zwischen Ärzten und Krankenkasse in Oberfeld.** Schneller als anfangs angenommen werden konnte, ist es in Oberfeld zu einer Einigung gekommen. Nachdem die Vertreterversammlung der Ortskrankenkasse Oberfeld einstimmig die übermäßigen Forderungen der Ärzteorganisation abgelehnt hatte, machte sie den Ärzten einen Vorschlag auf folgender Grundlage: Abschluß eines fünfjährigen Vertrages, für ärztliche Behandlung pro Mitglied und Jahr Zahlung für das erste Jahr 9 Mk., für das zweite Jahr 9,25 Mk., für das dritte und vierte Jahr 9,50 Mk. und für das letzte Jahr 10 Mk. Der Ärzteverein hat diesem Angebot seine Zustimmung gegeben, wodurch jetzt der Konflikt erledigt ist. Die Oberfelder Ärzte erhalten bei dieser Neuordnung für die Zukunft immer noch 391.500 Mk. pro Jahr mehr als bisher.

## Aus Nah und Fern.

**3 junge Leute ertranken.** Dienstag abend kenterte ein mit vier Personen besetztes Boot auf der Mulde in der Nähe von Dessau, als die Insassen die Wägen wechselten. Zwei junge Burschen und ein Mädchen ertranken. Ein Mädchen konnte gerettet werden. Die Personalien der Ertrunkenen sind noch nicht festgestellt.

**Die staatsgefährliche Suffragette.** Die Tochter der bekannten Führerin der Suffragetten, Fräulein Sylvia Pant, harrt beabsichtigt, in Dresden einen Vortrag in englischer Sprache zu halten. Die dortige Polizeidirektion hat nun den Veranlasser mitgeteilt, daß sie den Vortrag, gestützt auf den Fremdsprachenparagrafen des Reichsvereinigungsgesetzes verbieten werde. Die genannte Rednerin will am 24. April auch in Berlin sprechen, wo sie vermutlich keine besseren Erfahrungen machen wird.



**Auf Abwegen.** In einem Dresdener Hotel logierte sich in einer der letzten Nächte ein Arzt aus Zittau ein. Er hatte eine junge Dame in seiner Begleitung, die er für seine Frau ausgab. Die wirkliche Ehefrau traute aber, wie die „Dresdener Volkszeitung“ schreibt, der Neffe ihres Gatten nach der Residenz nicht so recht und schickte kurzerhand einen Detektiv hinterher. Dieser hatte denn auch bald das Hotel ausfindig gemacht, in dem der Gatte mit seiner neuen „Frau“ abgeblieben war. Telegraphischer Benachrichtigung zufolge eilte die Frau Nr. 1 im Schnellzuge in Begleitung eines Rechtsanwalts nach Dresden, wo sie kurz vor Mitternacht eintraf und ebenfalls in dem kritischen Hotel abstieg. Vor einer Zimmertür des Hotels bemerkte die Frau zwei Paar Schuhe stehen, von denen sie ein Paar als die ihres Mannes erkannte. Sie ließ von der Polizeiwache in der Scheffelstraße einen Gendarmen kommen, um den Namen des Mädchens festzustellen. Um Mitternacht wurden der Arzt und seine angebliche Gattin aus dem Schlafe geweckt, damit der Polizeibeamte seine Erörterungen vornehmen konnte, während der von der Frau mitgebrachte Rechtsanwalt die nötigen Aufzeichnungen machte, die zu einer Ehekränkung nötig sind. Ueber das weitere schweigt des Sängers Höflichkeit am besten.

**Seine Majestät, der Herr Altesior.** Für den Dünkel, von dem manche Verwaltungsbeamte befeelt sind, ist ein Vorkommnis recht bezeichnend, das in der „Hessischen Landeszeitung“ mitgeteilt wird. Das Blatt schreibt:

„Obwohl die Warburger Polizei städtisch ist, und also noch nicht einmal der Landrat ihr Vorgesetzter ist, ließ der Regierungsausschuss Ratich vom Warburger Landratsamt doch eines Tages in städtischen Polizeistadt durch den Kommissar die Schulkinder antreten, frumm stehen und erkälte, die Schulkinder hätten ihn wiederholt nicht gegrüßt, geschweige denn einmal, werde er sie zur Rechtschaffenheit ziehen.“

Dieser schneidige Altesior kann es noch recht weit bringen. Zu bedauern ist nur, daß der Polizeikommissar nicht den Mut fand, dem Herrn zu bedenken, daß er städtischen Polizeibeamten nicht zu befehlen habe.

**Furchtbares Verbrechen eines Sittlichkeitsverletzers.** Als ein furchtbares Verbrechen stellt sich eine Brandkatastrophe dar, die sich dieser Tage bei Kullack in Bayern ereignete. Drei Mädchen des Dorfklesters Seider, die unter den brennenden Trümmern einer Hütte begraben wurden, konnten als verkohlte Leichen geborgen werden. Das vierte Kind, ein neunjähriges Mädchen, wurde in einem Graben tot aufgefunden. Es ist ein Sittlichkeitsverbrechen an ihm

hängen worden. Der Verbrecher hatte das Häufchen in Brand gesteckt und das älteste Kind zu seinem schrecklichen Verbrechen davongeschleppt.

**Der Kampf gegen das Salvarjan.** Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt eine lange Darstellung über die Ergebnisse der Untersuchungen, die aus Anlaß der Angriffe gegen das Salvarjan angestellt worden sind. Demnach ist festgestellt, daß die Forderung nach nicht zum Abschluß gelangt, daß aber im allgemeinen das neue Heilmittel überaus wohlthätig gewirkt habe. Mißgriffe, die vorgekommen seien, könnten an der schon jetzt feststehenden Erkenntnis nichts ändern, daß das Mittel eine überaus wertvolle Bereicherung des Arzneischatzes darstelle und unzähligen Kranken Heilung zu bringen geeignet sei. Die offiziöse Auseinandersetzung geht dann auf den Vorwurf ein, daß im städtischen Krankenhaus in Frankfurt a. M. Prostituierte zwangsweise mit Salvarjan behandelt und durch die Anwendung dieses Mittels getötet worden seien. In einer Sitzung, die am 1. April im Frankfurter Rathaus unter dem Vorsitz des Ministerialdirektors Professor Dr. Kirchner vom Ministerium des Innern stattgefunden hat, und an der auch Erzklerik Ehrlich selbst teilnahm, ist amtlich festgestellt worden, daß vom Mai 1910 bis jetzt über 11000 Personen im städtischen Krankenhaus in Frankfurt mit Salvarjan behandelt worden sind, daß von ihnen keine einzige an Erbblindung oder Ertaubung erkrankt ist, und daß von sechs vorgekommenen Lähmungen vier bereits geheilt und zwei auf dem Wege der Heilung begriffen sind. Unter den 11000 Behandelten befanden sich über 1200 Prostituierte; von letzteren sind in dieser Zeit drei gestorben, nicht eine einzige davon aber an der Wirkung des Salvarjans, sondern, wie einwandfrei festgestellt ist, an anderen Krankheiten. Ein Zwang der Prostituierten zur Duldung der Salvarjanbehandlung ist nicht ausgeübt worden, nur eine einzige Prostituierte mußte zur Behandlung gezwungen werden, weil sie überhaupt jede Behandlung verweigerte. Sie war, wie sich alsbald herausstellte, geisteskrank. — Es wird dann als im Interesse des Ansehens der deutschen Wissenschaft im hohen Grade erwünscht bezeichnet, wenn sich die Gemüter über diese Angelegenheit nunmehr beruhigen und die Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Forschung abwarten möchten.

**4 Kinder verbrannt.** In Malanz bei Chur brann eine Mühle ab. Drei Kinder einer Italienerin kamen um. Ein viertes Kind wurde schwer verbrannt.

**Nach dem Genuß von Pferdefleisch erkrankt.** In Langendreer erkrankte eine Arbeiterfamilie schwer nach dem Genuß von Pferdefleisch. Eine Tochter ist bereits gestorben. Eine andere liegt hoffnungslos darnieder.

**Unfall im Zirkus.** Zirkusdirektor Stojah-Saric Jani ist in Leipzig bei einer seiner Vorstellungen, als unter ein stürzendes Pferd zu liegen kam, schwer verletzt worden.

## Literarisches.

**Braun, Adolf. Gewerkschaften und Sozialdemokratie.** 48 Seiten. Berlin 1914. Verlagsanstalt des Deutschen Arbeiter-Verbandes G. m. b. H. Preis 50 Pf. Die Schrift untersucht Entstehungsgründe, Kampfesstellung, Kampfmethoden, Zweck und Ziel unserer Gewerkschaftsbewegung wie der Sozialdemokratie. In einer eindringlichen Beweisführung wird die Wesensverchiedenheit von Gewerkschaften und Sozialdemokratie dargestellt. Diese Nachwirkung wird für beide Zweige der Arbeiterbewegung dauernd nützlich sein, es wird sich öfters auch Gelegenheit bieten, diese Schrift zu verweilen, wenn Staatsanwälte wieder einmal Zusammenhänge zwischen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften konstruieren wollen. Der Polizeikampf gegen die Gewerkschaftsorganisationen wird immer enger. Er vor einigen Tagen wurde nicht nur eine Zehnstelle, sondern ein ganzer Verband, der Bergarbeiter-Verband, als politisch erklärt, und den gleichen Versuch hat jetzt der Polizeipräsident in Berlin gegen eine Reihe anderer Gewerkschaften unternommen. Da erscheint diese Schrift von Adolf Braun gerade zur rechten Zeit. Aus dem Inhalt heben wir folgende Kapitel hervor: Parteien und wirtschaftliche Organisationen. Warum organisieren sich Arbeiter und Arbeiterinnen gewerkschaftlich? Gegner der Gewerkschaften. Ausgangspunkt der Sozialdemokratie. Die Gegner im Klassenkampf. Kampfesstellung der Gewerkschaften. Kampfesstellung der Sozialdemokratie. Die Kampfmittel der Gewerkschaften. Die Kampfmittel der Sozialdemokratie. Die Kampfesziele der Gewerkschaften. Die Kampfesziele der Sozialdemokratie oder Gewerkschaften. Ergänzung der Gewerkschaften durch die Sozialdemokratie. Sozialdemokratie ohne Gewerkschaften? Gemeinsamkeiten der Sozialdemokratie und Gewerkschaften. Sozialdemokratie und Gewerkschaften. — Die Schrift ist durch jede Buchhandlung zu beziehen. Bei direktem Bezug vom Verlag erhalten Vereine sie zu einem bedeutend ermäßigten Vorzugspreis.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: F. H. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

**Komitee und Kommissionsitzungen**

**D. T. V. Sitzung**  
Vorstand und Eintassierer  
am Freitag, dem 17. April  
abends 8 1/2 Uhr  
im „Gewerkschaftshaus“  
Johannisstr. 50-52.  
Der Vorstand.

Mädchen, welches Ofen konfirmiert ist, sucht Beschäftigung für die Nachmittagsstunden. Angebote unter **D M 16** an die Exp. d. Bl. (3159)

**Junger Hausburische**  
zum 1. Mai gesucht, bei gut. Gehalt.  
Reinigung. **Stöckelberg.**

**Tüchtige Nadlergesellen und Drahtspinner**  
sucht

**Nordische Drahtindustrie**  
Rostock, Fischbank 35.

**Kartoffeln zu verkaufen.**  
8157) Eckentzauer Straße 12 a.

**Neu. Brenner. Kinderwagen**  
Beddingrohr (3160) Brauner, 26, I.

Zu verkaufen für **Waisenkinder**  
Realienbuch, Kassenbuch u. Schulze, Lehrbuch d. Stufe, Rechenbuch d. Hef, Sprachbuch d. Heft  
8177) Gioginstraße 32.

**Gefacht Karzer Kinderwagen**  
zum Handeln und Weisheit. Angebote unter **M M 1** an die Exp. d. Bl. (3158)

Zu kaufen gesucht ein **Lehrer**  
ersch. Damenmantel, schwarz, e. blau, Gr. 44-46. Angebote unter **B F 34** an die Exp. d. Bl. (3169)

Zu kaufen gesucht ein **gebraucht.**  
Mädchen u. Knaben-Kleider. Angeb. unter **L F 32** an die Exp. (3168)

**Vertauscht an den Leutenagen eine**  
Einfachheit im Restaurant „Corcordia“. Umsonst bafest. (3175)

**B. Morgenstern,**  
Alt-Kleiderhandlung, 3162  
Marcksgr. 26, Tel. 30. Sauerstr. 14.

**J. Ramm, Schlutup**  
Manufaktur- und Kurzwaren.  
Arbeiter-Garderoben.  
Schuhwaren-Lager.  
Korsetts, Damen- u. Kleiderstiefel  
in reichlicher Auswahl. (171)  
Reparatur-Werkstatt.

# Konsumverein für Lübeck u. Umgeg.

e. G. m. b. H.

Am Freitag, dem 17. April 1914

eröffnen wir

Fischergrube 52, Ecke Schwöneckenquerstraße,

26. Warenabgabestelle.

Durch die Eröffnung dieser Abgabestelle wird einem langgehegten Wunsch unserer, in dieser Gegend wohnenden Mitglieder Rechnung getragen und wir bitten unsere Mitglieder, in Bekannten- und Freundeskreisen auf diese Neueröffnung hinzuweisen und für den Beitritt zu unserer Genossenschaft zu agitieren.

Unsere Waren werden allseitig als gut und preiswürdig bezeichnet. 3181

Im nachfolgenden einen kurzen Auszug zur Beurteilung der Preise:

|   |                                   |  |
|---|-----------------------------------|--|
| Streuozucker . . . . . 7 20.3                     | Backpulver GEG Pak. 5 u. 7.3      | Gerstengrütze, fein, mittel, grob . . . . . 7 16.3 |
| Würfelsucker . . . . . 7 22.3                     | Puddingpulver GEG Pak. 8.3        | Hafergrütze . . . . . 7 22.3                       |
| Weizenmehl . . . . . 7 16 u. 19.3                 | Rote Grütze . . . . . 6.3         | Haferflocken . . . . . 7 22.3                      |
| Reismehl . . . . . 7 18.3                         | Vanillezucker . . . . . 5.3       | Nudeln, verschieden 7 30.3                         |
| Kartoffelmehl . . . . . 7 18.3                    | Vanillesaucenpulver . . . . . 5.3 | Fadennudeln . . . . . 7 32.3                       |
| Reis . . . . . 7 14 18 26.3                       | Marmelade, Frischobst 7 30.3      | Makkaroni GEG 12-7-Pak. 22.3                       |
| Kindergrieß . . . . . 7 24.3                      | „ Pflaumen 7 40.3                 | Erbsen, grüne . . . . . 7 18.3                     |
| Hartgrieß . . . . . 7 24.3                        | Preiselbeeren . . . . . 7 40.3    | „ „ gesch. 7 20.3                                  |
| Sago . . . . . 7 30.3                             | Rosinen . . . . . 7 50 u. 60.3    | „ „ gelbe . . . . . 7 24.3                         |
| Buchweizengrütze, mittel u. grob . . . . . 7 22.3 | Korinthen . . . . . 7 40.3        | Rundbohnen . . . . . 7 20.3                        |
| Graupen . . . . . 7 18 20.3                       | Pflaumen . . . . . 7 30 u. 40.3   | Langbohnen . . . . . 7 22.3                        |
| Speck, fetter . . . . . 7 80.3                    | Ringäpfel . . . . . 7 33.3        |  |
| Petroleum per Liter . . . . . 20.3                | Speck, mager . . . . . 7 90.3     |  |
|   | Streichhölzer per Paket 28.3      |  |

## Konserven

halten wir in verschiedenen Sorten vorrätig, ausser Erbsen und Bohnen empfehlen wir: Erbsen mit geschnittenen Karotten, Leipziger Allerlei, Karotten, Sauerkirschen, Pflaumen, Birnen, rot und weiss, Stachelbeeren, Heidelbeeren (Bickbeeren), alles in Ein- und Zwei-Pfund-Dosen. Rote Beete, lose Pfund 20 Pfg., Senfgurken, lose Pfund 30 Pfg.

Die von uns geführten **Seifen u. Seifenpulver, Zigarren u. Streichhölzer** beziehen wir ausschliesslich von den

## eigenen Fabriken

der **Großeinkaufs-Gesellschaft deutscher Konsumvereine.**

Ausführliche Preislisten sind in unseren Abgabestellen zu bekommen. Die Abgabe der Waren erfolgt nur an Mitglieder. **Mitglied** wird, wer eine Beitrittserklärung unterschreibt und 50 Pfennig Eintrittsgeld entrichtet. **Beitrittserklärungen** werden in allen Warenabgabestellen unseres Vereins entgegengenommen.

## Händler zur Maifeier

die am 1. Mai in Moisling mit Waren ausziehen wollen, Schausteller usw. müssen sich bis

**Mittwoch, den 22. d. Mts.** schriftlich beim Vorsitzenden des

Maikomitees **W. Bromme-Lübeck** Johanniststraße 50, gemeldet haben. 3167) **Das Komitee.**

## Deutscher Transportarbeiterverband

Verwaltungsstelle Mölln.

Die Wahl der Delegierten zum Verbandstage findet am Sonntag, den 19. April, abends von 8 Uhr an, im Verbandslokale, Aug. Vorrath, statt. Jeder Kollege hat das Verbandsbuch mitzubringen. Sämtliche Kollegen müssen sich an der Wahl beteiligen. 3172) **Die Ortsverwaltung.**

## Die Arbeiter-Garderoben

aus dem Spezial-Geschäft von Lübeck **Otto Albers** 10

sind vorteilhaft bekannt durch gute Verarbeitung u. sehr billige Preise. U. a.:

- Leberhosen . . . . . 2.20-6.45
- Maurenhosen . . . . . 2.60-6.75
- Schlosserhosen . . . . . 1.88-5.25
- Abertshosen . . . . . 1.08-2.35
- Spinnhosen . . . . . 1.08-3.25

feinere Jacken, schräge u. gerade, 1.28, Regen, Genden, Schlachterjacken, Friseurjacken, Malerämterl, erkauflich billig. Mägen von 30 Pf. bis 1.88 Pf. **Note Lübeck.**

## Gemüse- und Blumensämereien, Gartendünger

empfiehlt gut und billig (3161) **Schelm & Wege, Mengstraße 10.**

## Neue, bestgereinigte Bettfedern

Damen, jederdicke, echtfarbene **Intells; fertige Betten.** Die richtige Bezugsquelle für diese Vertrauensartikel ist das Geschäft von (1940)

## Herm. Kampff

früher Gebr. Barg Lübeck **Lauenburg a. E.** Kohlmarkt 5. Elbstraße 91 93. Das Geschäft besteht in Lauenburg über 50 Jahre.